



Substanzielles Protokoll 167. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 10. Dezember 2025, 21.00 Uhr bis 23.50 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Substanzielles Protokoll: Sabrina Baumgartner und Shuting Ling

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 7. | 2025/391 | Weisung vom 10.09.2025:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und
Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudget-
verordnung (GBVO), Teilrevision | STR |
| 8. | 2025/532 A | Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Tanja Maag (AL) vom
12.11.2025:
Senkung der personellen Ressourcen der Stadtpolizei an
wiederkehrenden Grossveranstaltungen und Demonstrationen | VSI |
| 13. | 2025/572 A | Postulat der SVP-Fraktion vom 03.12.2025:
Speicherung und Verarbeitung sämtlicher Daten der Stadt
auf Rechenzentren, die auf Schweizer Territorium stehen und
dem schweizerischen Recht unterliegen | FV |
| 18. | 2025/579 A | Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Moritz Bögli (AL)
vom 03.12.2025:
Zentrale Ausnüchterungszelle (ZAB), Bericht über die
Evaluation betreffend Zuweisungspraxis, Standort und
Betrieb aus wirtschaftlicher und medizinischer Sicht | VGU |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

5539. 2025/391

Weisung vom 10.09.2025:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudgetverordnung (GBVO), Teilrevision

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 166, Beschluss-Nr. 5539/2025).

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 041. und 042. (Postulat GR Nr. 2025/532)

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Ich begründe, warum die Grüne-Fraktion sich bei diesem Antrag enthält. Wie in den Vorjahren haben wir in der Fraktion nicht alle die gleiche Meinung. Wir haben daher Stimmfreigabe beschlossen. Grundsätzlich teilen wir die Analyse des Stadtrats, dass die Arbeitslast bei der Polizei hoch ist und die Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen. Einige Massnahmen wurden schon in die Wege geleitet. Ein Teil der Fraktion unterstützt den Vorschlag des Stadtrats, dass die Personalbestände des Polizeikorps schrittweise erhöht werden sollen und wird darum dem Kompromissantrag oder dem ursprünglichen Antrag des Stadtrats zustimmen. Der andere Teil der Fraktion ist überzeugt, dass der nachhaltigere Weg nicht in erster Linie eine personelle Aufstockung, sondern eine Reduktion der Einsätze ist. Wir haben uns schon darüber unterhalten, wie das umgesetzt werden soll, und ich kann auch auf das Postulat verweisen, das Luca Maggi (Grüne) vorgestellt hat. Wir haben Stimmfreigabe beschlossen.

Florian Utz (SP): Auch die SP stimmt zusammen mit der GLP für den Stellenkompromiss. Wir haben diesen bereits vor mehreren Jahren so kommuniziert. Wenn wir einen Kompromiss schliessen, dann ist es selbstverständlich, dass wir zu diesem Kompromiss stehen und nicht anders stimmen. Natürlich kann man argumentieren, dass das reale Nadelöhr bei der Stadtpolizei nicht die bewilligten Stellen seien, sondern diejenigen, die effektiv besetzt werden können. Könnte man alle durch den Gemeinderat bewilligten Stellen besetzen, gäbe es kein Problem bei der Anzahl der Polizistinnen und Polizisten im Einsatz. Nichtsdestotrotz stehen wir zu unserem Wort und schaffen daher die neun zusätzlichen Frontstellen. Ich möchte noch ein Punkt ergänzen, ansonsten kann ich auf das Votum von Sven Sobernheim (GLP) verweisen. Zusätzlich bewilligen wir auch alle weiteren Stellen, die die Stadtpolizei beantragt. Das sind noch einmal 37 Polizeistellen, davon 20 für Personen in Ausbildung und 17 weitere Stellen, die teilweise direkt der Entlastung der Frontpolizei dienen. Wir haben insgesamt eine Stellenschaffung nach Antrag des Stadtrats von 54 Polizeistellen. Wenn der Stellenkompromiss durchkommt, haben wir eine Stellenschaffung von 46 Polizeistellen. Wir haben ein Wachstum, das deutlich

über dem Bevölkerungswachstum liegt. Das stört mich persönlich überhaupt nicht. Ich finde es richtig und wichtig, dass die Polizei genügend Ressourcen erhält. Mit den 46 Stellen macht die Stadtpolizei qualitativ und quantitativ einen grossen Schritt vorwärts.

Stephan Iten (SVP): Ich möchte an ein Zitat von Sven Sobernheim (GLP) erinnern. Jedes Mal, wenn wir über die Abschreibung von Postulaten diskutieren, sagt er uns, dass ein Postulat lediglich ein Prüfauftrag sei. Der Stadtrat muss es nicht unbedingt umsetzen, wenn er es geprüft hat. Das ist genau so ein Postulat, bei dem der Stadtrat gesagt hat, dass er es geprüft hat und so nicht umsetzen kann. Wir wissen haargenau, dass wir mehr Polizistinnen und Polizisten brauchen. Polizistinnen und Polizisten laufen am Anschlag, weil sie Überstunden leisten, weil sie an den Wochenenden arbeiten müssen und weil sie sehr selten Ferien machen können. Die Stadtpolizei hat einfach schlicht zu wenig Personal. Wenn man es damit begründet, dass die Stellen sowieso nicht besetzt werden könnten, stimmt das nicht. Die Stellen können besetzt werden, aber STR Karin Rykart hat klar gesagt, dass die Abwanderung ein riesiges Problem ist. Sie hat vergessen zu erwähnen, dass die Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten keinen Rückhalt aus der Politik haben. Sie werden von eurer Seite ständig schlecht geredet und die Hassbotschaften auf den Fassaden sollen nicht entfernt werden. Wieso soll ich als Polizist noch Freude haben, in der Stadt zu arbeiten? Dass die AL sämtliche 17 Stellen bei der Frontpolizei streichen, dafür aber bei der Kontrolle Ruhender Verkehr (KRV) Stellen sprechen möchte, ist ein ideologischer Blödsinn. Anders kann man es nicht sagen. Das Postulat greift massiv ins operative Geschäft der Polizei ein. Das Problem sind nicht die Veranstaltungen, sondern die täglichen bewilligten und unbewilligten Demonstrationen insbesondere wenn diese noch während Grossanlässen stattfinden. Problematisch ist, wenn linke Autonome und die JUSO auf der Strasse Krawall machen. Die Polizei weiss selbst, wann und wo sie wie viele Polizisten einsetzen muss. Da braucht es keinen Luca Maggi (Grüne), der ihr vorschreibt, was sie zu tun hat. Die Polizisten geniessen eine intensive Ausbildung. Sie wissen haargenau, wie sie zu arbeiten haben. Luca Maggi (Grüne) sollte es als Sicherheitsverantwortlicher eigentlich besser wissen und nicht ständig auf der Polizei herumhacken.

Thomas Hofstetter (FDP): Das Postulat verlangt vom Stadtrat im Rahmen eines Pilotprojekts zu prüfen, wie die Stadtpolizei den Einsatz personeller Ressourcen bei Grossveranstaltungen und Demonstrationen reduzieren kann. Auf den ersten Blick klingt das Postulat sehr pragmatisch. Bei genauerer Betrachtung greift es jedoch direkt in den operativen Bereich der Polizei ein. Die Stadtpolizei selbst weiss aufgrund ihrer Fachkenntnis und Lagebeurteilung am besten, wie viele Ressourcen und Einsatzkräfte sie für welche Veranstaltungen stellen muss. Die Einsatzplanung ist ein hochkomplexer Prozess, der Risiken, Besucherzahlen, Erfahrungen aus vergangenen Jahren und vor allem die Sicherheitslage berücksichtigen muss. Gerade die Sicherheitslage hat sich in den letzten 10 bis 15 Jahren deutlich verändert. Die Terrorgefahr ist europaweit gestiegen, was auch in der Schweiz zu höheren Anforderungen zum Schutz von Menschenansammlungen führt. Es wäre schlicht fahrlässig, aus politischen Gründen weniger Ressourcen als sicherheitstechnisch geboten ist, einzusetzen. Die Polizeiführung hat keinerlei Interesse daran, an Veranstaltungen zu viele Ressourcen aufzuwenden. Die Polizei kämpft im Gegenteil seit Jahren mit Personalmangel, Überstunden und vielen Wochenenddiensten. Das habt Ihr im Postulat selbst geschrieben. Niemand würde in der Einsatzplanung freiwillig mehr Personal als nötig einsetzen. Zu behaupten, man müsse politisch Druck machen, damit die Polizei vernünftig plane, ist falsch. Das Postulat beabsichtigt etwas anderes. Die beiden Unterzeichnenden haben wiederholt Vorstösse eingereicht, in denen es nicht um eine effiziente Einsatzplanung, sondern darum geht, die Polizei zu verkleinern. Das Postulat muss aus diesem Blickwinkel beurteilt werden. Wir sollten ideologische Ziele nicht über die Sicherheit der Bevölkerung stellen. Die operative Planung gehört in die Hände der Fachleute. Wenn wir im Rat anfangen, der Polizei vorzuschreiben,

wie viele Einsatzkräfte für das Sechseläuten oder für eine Demonstration nötig sind, gefährden wir die Sicherheit und schaffen einen gefährlichen Präzedenzfall.

Sandra Gallizzi (EVP): Als ich das Postulat gelesen habe, musste ich den Kopf schütteln. Ich habe mich gefragt, was die Postulantinnen und Postulanten damit erreichen wollen. Es entzieht sich meiner Kenntnis, was in ihren Köpfen vorging. Wisst ihr, wofür die Polizei in unserer Stadt zuständig ist? Die Polizei hat einen klaren Auftrag: die Aufrechterhaltung der Ruhe, der Schutz von Personen und Eigentum sowie die Gefahrenabwehr. Kurz gesagt, sorgt die Stadtpolizei für einen reibungslosen Ablauf in der Stadt und greift ein, wenn Sicherheit und Ordnung gefährdet sind. Wie soll die Polizei eingreifen, wenn sie nicht vor Ort sein darf oder nicht mit einer genügenden Personenzahl? Wie soll sie ihren Auftrag zum Schutz von Personen und Eigentum erfüllen, wie Gefahren abwehren? Der Schutz der öffentlichen Sicherheit in einem demokratischen Rechtsstaat muss durch zahlenmässig genügend und gut ausgebildetes Personal erfüllt werden. Es ist so, dass die Stadtpolizei seit mehreren Jahren über Personalmangel, Überstunden und viele Wochenendeinsätze klagt. Daran ändern wir aber nichts, wenn die Polizei ihre personellen Ressourcen an wiederkehrenden Grossveranstaltungen oder Demonstrationen senkt. Das kann langfristig nur geändert werden, indem man mehr Polizistinnen und Polizisten ausbildet, mit attraktiven Arbeitsbedingungen, mit Stellenerhöhungen und mit Rückhalt aus der Bevölkerung. Ich würde in unserer Stadt auch nicht Polizistin sein wollen. Die Bevölkerung wächst und mit ihr das Konfliktpotenzial. Damit braucht es auch mehr Personal bei der Polizei, das die Sicherheit in unserer Stadt gewährleisten kann. STR Karin Rykart hat plausibel erklärt, wieso die Stellen beantragt werden, obwohl sie nicht besetzt werden können. Mich nähme Wunder, was man im Rat hören müsste, wenn die Polizei nicht zur richtigen Zeit am richtigen Ort wäre. Wir sind der Meinung, dass die Polizei am besten einschätzen kann, wo und wann wie viel Personal eingesetzt werden soll. Es ist nicht an uns, ihnen reinzureden, wie sie ihre Einsätze mit welchen personellen Ressourcen zu planen haben. Selbstverständlich sind wir für die Schaffung der beantragten Stellen. Das Postulat lehnen wir dezidiert ab.

Markus Knauss (Grüne): Wir diskutieren Jahr für Jahr das gleiche Thema mit den gleichen Argumenten und dem immer gleichen Resultat. Ob wir heute 9, 17 oder 25 Stellen bewilligen, es gibt keine zusätzlichen Stadtpolizistin und keinen Stadtpolizist. Man muss sich Gedanken machen, was die generelle Lage ist. Zürich ist keine Insel, auch bei der Polizei nicht. Wir haben in der Schweiz generell einen Fachkräftemangel. Wenn die Kantonspolizei ausbaut oder wenn der Kanton Aargau 400 neue Stellen schafft, dann hat das einen Einfluss auf die Rekrutierung der Stadtpolizei. In dieser Situation muss man pragmatisch vorgehen. Einige Punkte wurden schon erwähnt. STR Karin Rykart hat auf das neue Arbeitszeitmodell verwiesen, in dem der Fünfturnus durch einen Sechserturnus ersetzt wird. Ich bin gespannt, ob das etwas bringt. Das Ziel ist, dass die Leute vor Ort sind, wenn wir viele Leute brauchen, und nicht am Montagmorgen, wo es nicht ganz so viele braucht. Wir haben gehört, dass die Aspirantenstellen ausgebaut werden. Das ist zentral. Im Jahr 2025 hatten wir 70 Stellen, im Jahr 2027 sollen es 115 sein. Da passiert vieles. Der einzige neue Punkt aus einer Präsentation in der Sachkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr (SK SID/V) ist die Zahl der Abgänge. Diese Zahl ist seit dem Jahr 2022 massiv angestiegen. Ich meine, dass sich die Stadtpolizei überlegen muss, wie man das bisherige Personal halten kann. Die Stadtpolizei ist nicht per se unattraktiv. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass Rückkehrer und Quereinsteiger seit dem Jahr 2022 relativ stark zugenommen haben. Vielleicht muss man auch mit unkonventionellen Ideen arbeiten. Wenn Luca Maggi (Grüne) und Tanja Maag (AL) sagen, dass man sich bei planbaren Grossveranstaltungen überlegen soll, ob man mit weniger Personal auskommt, dann ist das eine prüfenswerte Idee. Das spannende daran ist, dass das der Sicherheitschef des FC Zürich sagt, also mithin einer der grösseren Kunden der Stadtpolizei. Man muss sich überlegen, damit ernsthaft umzugehen, vor allem

weil die beiden in der Begründung sagen, dass sie die politische Verantwortung dafür übernehmen. Das finde ich einen interessanten neuen Ansatz, den man prüfen sollte. Daneben gibt es Soft-Faktoren. Luca Maggi (Grüne) hat einmal in einem Interview gesagt, dass wir eine kluge, verhältnismässige und zukunftsfähige Stadtpolizei brauchen. Dafür braucht es das entsprechende Personal. Mir wäre es wichtig, dass die Stadtpolizei im links-grünen Umfeld auch attraktiv wäre. Wenn man die Stigmatisierung der Stadtpolizei immer weiter vorantreibt, werden wir genau die klugen und verhältnismässig agierenden Personen nicht bekommen. Ich würde mir eine Stadtpolizei wünschen, die zu dieser Stadt passt. Wir sollten uns auch auf unserer Seite überlegen, wie wir das erreichen.

Reis Luzhnica (SP): Das Postulat trifft einen wichtigen Punkt: den des Personalman-gels. Als ich es gesehen habe, habe ich mich einerseits gefreut und andererseits war ich etwas neidisch, dass ich nicht auf diese Idee gekommen bin. Ich finde es sehr treffend. Es zeigt, dass man von linker Seite bemüht ist, eine gute Lösung für die Stadtpolizei zu finden. Wir wollen, dass alle städtischen Angestellten gleichgestellt sind und keine unnö-tigen Überstunden machen. Wir konnten auf einer Nachtpatrouille, bei der wir als Ge-meinderätinnen und Gemeinderäte mitfahren durften, die Stadtpolizist*innen selber fra-gen – und das ist wichtig, weil die Kantonspolizist*innen ja vielleicht eine andere Sicht haben – was der Grund für den Personalmangel ist. Uns wurde bestätigt, dass einer-seits die übermässigen Überstunden und andererseits der übermässige Ordnungsdienst den Job unattraktiv machen. Der Ordnungsdienst ist am Anfang der Karriere vielleicht noch interessant, weil er etwas Action bringt. Ich könnte mir vorstellen, dass man diesen Aspekt attraktiv findet. Aber mit zunehmendem Alter kann ich mir gut vorstellen, dass man lieber in Landgemeinden zur Polizei geht oder zur Kantonspolizei, wo man andere Möglichkeiten hat, sich beruflich weiterzuentwickeln und wo man nicht immer an der Front steht. Ich glaube, das ist es, was den Job langfristig unattraktiv macht. Das Postu-lat will genau diesem Missstand entgegenwirken. Die Polizei ist daran interessiert, Über-stunden abzubauen. Das wissen wir und das hören wir immer wieder. Der Polizeikom-mandant will auch Überstunden abbauen. Es ist weder politischer Druck noch will das Postulat operativ mitreden, wie gesagt wurde. Die Sicherheitseinschätzung liegt am Schluss immer bei der Polizei. Wir senden ein politisches Signal an die Polizei und stär-ken ihr mit diesem Postulat politisch den Rücken, um die Überstunden abzubauen.

Moritz Bögli (AL): Die Stellensituation bei der Stadtpolizei ist angespannt. Das ist im Rat unbestritten. Ob Sie 9 oder 17 Stellen sprechen oder gar keine, spielt überhaupt keine Rolle. Wenn Sie bei 90 unbesetzten Stellen 17 neue schaffen, macht das absolut keinen Unterschied. Deshalb ist es richtig zu schauen, wie man mit dieser Problematik umgehen könnte, wenn man diese Stellen nicht besetzen kann. Gemessen an ihren Vo-ten haben viele in den rechten Parteien das Postulat nicht wirklich gelesen. Wir sagen nicht, dass die Polizei an Grossveranstaltungen kein Personal mehr einsetzen dürfe. Es geht darum, das in einem Pilotprojekt zu testen, mehr ist es nicht. Man muss sich fra-gen, worum es wirklich geht. Ihre Voten zeigen, dass sie selber nicht so oft an Kundge-bungen oder Demonstrationen teilnehmen. Ich kann mich an Kundgebungen am Werd-mühleplatz direkt neben der Urania-Wache erinnern, wo ein Dutzend Stadtpolizist*innen im Auto daneben gewartet haben. Vielleicht gab es Gründe dafür, ich weiss es nicht. Von aussen wirkt das neben der Hauptwache speziell. Wir wollen, dass die Stadtpolizei effektiv die sicherheitsrelevante Arbeit machen kann, die sie machen muss. Darum ist es richtig zu prüfen, ob man bei planbaren Ereignissen etwas herunterschrauben kann.

Andreas Egli (FDP): Wir sind uns alle einig, dass eine Situation wie in Höngg – wo je-mand im Tram belästigt wurde, man den Beschuldigten dingfest machen, die Polizei aber nicht kommen konnte – unhaltbar ist. Es ist aber auch unhaltbar und etwas naiv, wenn man die Polizeidichte der Stadt mit dem schweizweiten Durchschnitt vergleicht.

Dann vergleicht man auch mit Gemeinden wie Fischenthal oder Agasul, die nicht für ein intensives Nachtleben bekannt sind. Sie sind auch nicht bekannt für regelmässige Fussballspiele, die die grösste Gefährdung für Krawall in der Stadt ausmachen. Sandra Gallizzi (EVP) hat vom Versagen der Polizei geredet. Dem muss ich widersprechen. Es ist ein Versagen der Politik und nicht der Polizei, wenn das eintritt. Wir sind nicht das erste Jahr daran, bei zusätzlich beantragten Polizeistellen nur einen kleinen Teil zu bewilligen. Es ist auch ein Versagen der Politik, wenn bis jetzt zusätzliche Ausbildungsplätze nicht besetzt wurden. Stigmatisierung der Stadtpolizei wäre richtig gewesen und nicht Stigmatisierung durch die Stadtpolizei. Ihr seid diejenigen, die regelmässig schlecht kommunizieren. Immer, wenn es irgendwo ein Problem gibt, ist primär die Polizei schuld – auch wenn letztlich eine Chaotendemonstration stattgefunden hat. Das führt natürlich beim einen oder anderen Mitarbeiter der Stadtpolizei dazu, dass er sich fragt, ob er für diese Gruppierung, die Sie hier vertreten, seinen Kopf hinhalten will. Soweit mir bekannt ist, gibt es bei der Kantonspolizei keinen Personalmangel. Auch wir hätten gerne etwas weniger Ordnungsdienst für unsere Polizei. Sagen Sie das bitte den Fussballkrawallanten und den Profidemoagitatoren. Reis Luzhnica (SP) fand, dass sie die Interessen der Polizei stärken würden. Das kommt mir vor, wie wenn der Fuchs den Rücken der Hühner stärken will, wenn er im Stall ist. Insgesamt werden die Stellen gebraucht. Es sind auch nicht so viele, wie der Vertreter der SP kommuniziert hat. Er hat einfach die Ausbildungsplätze für zukünftige Frontpolizisten und -polizistinnen dazugezählt. Das ist auch eine gewisse Form von Lauterkeit oder eben unlauter. Zum «Krawallfreipasspostulat» muss ich nicht viel sagen. Es ist eine spezielle Form von Überheblichkeit, wenn einzelne Parlamentarier das Gefühl haben, sie könnten den Job besser als die Stadtpolizei und das seien dort nur Luschen. Die Vorsteherin dieser Polizei, die hier im Rat sitzt, ist aus ihrer Sicht wahrscheinlich auch eine Flasche – aber das müssen Sie mit ihr ausmachen.

Luca Maggi (Grüne): Was ich von bürgerlicher Seite gehört habe, ist Polizeipolitik nach dem Modell der drei Affen: Man schaut nicht hin, man hört nicht hin und man redet über nichts. Wer die Polizei kritisiert, der sei ein «Krawallantenverharmloser», das Postulat ein «Krawallfreipass». Sorry, das ist an Lächerlichkeit nicht zu überbieten. Ich sage es noch einmal: Das Postulat fordert eine Auslegeordnung, wie man bei wiederkehrenden Grossveranstaltungen polizeiliche Ressourcen auch unter Einbezug der Veranstaltenden senken kann. Das ist im Interesse aller. Wenn wir bei Schriftlichen Anfragen zu Polizeieinsätzen fragen, wie viele Leute aus welchen Gründen im Einsatz waren, dann heisst es immer, die Frage könne aus polizeitaktischen Gründen nicht beantwortet werden. Private Veranstaltende, die sich an den Polizeikosten beteiligen müssen, erhalten eine detaillierte Abrechnung, wie viele Einsatzkräfte an welchen Einsätzen beteiligt waren. Das geht doch so nicht. Wir müssen, wenn wir mehr Stellen bewilligen sollen, auch über den polizeilichen Fokus oder gewisse Einsätze debattieren können. Wenn wir einfach sagen, dass die Polizeiführung sicher immer alles richtig mache, dann kommen wir nicht weiter. Dass die Polizei als Opfer inszeniert wird, stimmt überhaupt nicht. Wir bewilligen der Polizei auch mit diesem Budget erneut dutzende Mittel. Wir beschaffen neue Munition, wir machen Ersatzbeschaffungen von noch funktionierenden Geräten und wir bewilligen 9 zusätzliche Stellen, obwohl sie im nächsten Jahr sowieso nicht besetzt werden können. Ich finde die Prognose, dass man das bis ins Jahr 2030 schaffen wird, etwas gewagt. Ich glaube, dass das der Polizei nicht gerecht wird. Die Polizei sieht sich nicht als so grosses Opfer, wie sie von bürgerlicher Seite dargestellt. Die Polizei geht aus diesem Rat oft als Siegerin hervor, weil wir alle Mittel sprechen, die sie beantragt. Wir fordern eine Debatte bei den Stellen, wo es um Grosseinsätze geht, die Ressourcen fressen. Dabei überlassen wir alle Details der Ausgestaltung der Polizeiführung. Wenn Sie uns dafür in eine radikale Ecke drängen wollen, obwohl das ein pragmatischer und gemässigter Vorstoss ist, der im Interesse aller sein sollte, dann sind wir in einer wenig zielführenden Debatte, in der nur das Parteiprogramm heruntergeleiert wird.

Samuel Balsiger (SVP): Als Luca Maggi (Grüne) den Vorstoss vorgestellt hat, hat er ganz oft und ganz deutlich betont, dass es nicht radikal gemeint sei. Das ist ein Hinweis darauf, welcher Gedanke dahintersteht. Der Sprecher der AL hat in einer sich überschlagenden Stimmlage gesagt, dass das nur ein Pilotprojekt sei und keine böse Absicht dahinterstecke. Was Sie eigentlich wollen, ist auf Englisch gesagt: «Defund the Police». Ihr wollt der Polizei in jeder Beziehung die Mittel entziehen, sei es mit Zetteln, die bei Kontrollen abgegeben werden müssen, sei es mit der Nichtbewilligung von Stellen oder sei es mit Nichtausrücken an Demonstrationen oder Krawallveranstaltungen des FC Zürich, wo Luca Maggi (Grüne) Sicherheitschef ist. Er dürfte einen solchen Vorstoss gar nicht einreichen, weil er im Prinzip befangen ist. Sie wollen «Defund the Police». Das ist aber unattraktiv, weil die Bevölkerung sieht, dass die Sicherheit in dieser Stadt vor allem auch durch die Zuwanderung leidet. Es wäre nicht sehr naheliegend, vor den Wahlen zu sagen, dass Sie die Polizei schwächen wollen. Also bringen Sie schön verpackte Vorstösse, hinter denen Sie Ihre Absichten verstecken. Wir alle wissen, was Sie wollen. Sie wollen die Polizei schwächen und ihr Mittel wegnehmen. Es ist absurd, dass Sie sich als Beschützer der Polizei aufspielen wollen, während die Polizei wegen linker Demonstrationen und «Krawallgewalt» des FC Zürich überlastet ist. Das ist Ihre Seite. Die linke Seite und die Seite von Luca Maggi (Grüne) mit seinem Fussballverband sind die, die das ganze Problem verursachen. Es gibt keinen Bürgerlichen, der auf die Strasse steht, wenn die Polizei eine Kontrolle durchführt. Es bildet sich keine Gruppe von Bürgerlichen, die die Polizisten mit «Ganz Zürich hasst die Polizei» anschreit, sie bespuckt, sie in eine Hausecke drängt, auf sie einschlägt oder sie mit Eisenstangen und Molotowcocktails angreift. Das sind alles Ihre Leute. Sie sind die Verursacher des Problems und können sich nicht als Retter aufspielen, da Sie es noch nie geschafft haben, linksradikale Gewalt in diesem Rat zu verurteilen. Es ist verständlich, dass viele Polizisten in einem solchen Umfeld nicht arbeiten wollen. Warum sollen sie für solche Leute, die hier reden, den Kopf hinhalten? Zum Schluss kann man nur sagen: Herzlichen Dank an alle Polizisten in diesem Land, die ihre Arbeit machen und schauen, dass wir sicher sind.

Michael Schmid (AL): Schön, wie sich Samuel Balsiger (SVP) als Polizeifreund aufspielt und uns vorwirft, wir wollten der Polizei Mittel entziehen. Wir bewilligen Jahr für Jahr Mittel. Auch in diesem Budget sind wiederum viele Stellen, die wir völlig unbestritten schaffen wollen. Wir diskutieren lediglich über die Stellen in der Sicherheitsabteilung; wie sinnvoll es dort ist, die Zahl der unbesetzten Stellen noch weiter zu erhöhen. Die einzige Fraktion, die – seit ich im Rat bin, also seit bald vier Jahren – tatsächlich ein Mittelentzug bei der Polizei gefordert hat, also eine Reduktion des Korps, ist die SVP. Mit dem Postulat GR Nr. 2023/151 haben Sie gefordert, dass unbesetzte Stellen über die ganze Stadt im Folgejahr nicht mehr budgetiert werden dürfen. Das wäre ein Minus von 90 Stellen bei der Stadtpolizei. Wenn man anderen sagt, man wolle der Polizei Mittel entziehen, sollte man zuerst bei den eigenen Postulaten nachschauen. Dass es eine Scheindebatte ist, wurde bereits ausgiebig von anderen erwähnt. Die Stadtpolizei ist mit dem Problem der unbesetzten Stellen nicht allein. Die Kantonspolizei Zürich ist das einzige Korps im ganzen Land, das keine oder nicht übermässig viele unbesetzten Stellen hat. Den Vergleich der Polizeidichte machen wir nicht mit Fischenthal, Agasul oder einem schweizerischen Durchschnitt. Wir machen ihn mit anderen Grossstädten in der Schweiz, die ein eigenes Polizeikorps haben, nämlich mit Basel und Genf. Bereits jetzt hat die Stadt Zürich eine höhere Polizeidichte als diese zwei Städte. Wenn man vom mittleren Bevölkerungswachstum ausgeht, haben wir zum Zeitpunkt, zu dem die beantragte Erhöhung abgeschlossen wäre, immer noch eine gleich hohe Dichte, wie die anderen beiden bereits jetzt haben. Gleichzeitig haben Basel und Genf nicht noch eine Kantonspolizei, die einige kriminalistische Aufgaben übernehmen muss. Gleichzeitig haben sie Grenzschaufgaben. Das illustriert, dass wir im direkten Vergleich mit ähnlichen Städten bereits eine hohe Polizeidichte haben. Zusammen mit der Schwierigkeit,

Stellen zu besetzen, ist klar, dass es andere Massnahmen braucht. Dass mehr Leute ausgebildet werden sollen, ist völlig unbestritten. Der Rat inklusive aller Linken hat der Steigerung der Ausbildungsstellen letztes Jahr klar zugestimmt.

S. 229	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
041.	Antrag Stadtrat			239 699 100	Minderheit 1	Johann Widmer (SVP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte)
		1 000 000		238 699 100	Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		2 125 000		237 574 100	Minderheit 2	Tanja Maag (AL) Referat
					Enthaltung	Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Mehrheit: Bewilligung von 9 statt 17 neuen Frontstellen (Umsetzung des überwiesenen Postulats GR Nr. 2022/424) Minderheit 2: Kürzung der mit dem Budget 2026 beantragten 17 Stellen Uniformpolizei			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(239 699 100)	51 Stimmen
Antrag Mehrheit	(238 699 100)	54 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(237 574 100)	<u>18 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 78 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

5561. 2025/532

**Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Tanja Maag (AL) vom 12.11.2025:
Senkung der personellen Ressourcen der Stadtpolizei an wiederkehrenden
Grossveranstaltungen und Demonstrationen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/391, Beschluss-Nr. 5539/2025, Antrag Nr. 041.

Luca Maggi (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5394/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 64 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 043.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Schmid (AL) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Erhöhung um 248 700 Franken: Wir sind bei einem der vielen Vorschläge, um die Sicherheitsabteilung zu entlasten. Momentan kontrollieren die Mitarbeitenden des Kommissariats Kontrolle Ruhender Verkehr (KRV) nur während der Zeiten, zu denen Parkgebühren entrichtet oder in den Blauen Zonen die Parkkarten eingestellt werden müssen. Ich habe schon beim Postulat GR Nr. 2024/426 erläutert, dass wir das Problem lösen möchten, dass Autofahrende ausserhalb der Gebührenszeiten – weil sie keine Kontrolle befürchten – ihre Autos gerne ausserhalb von Parkfeldern auf Trottoirs, Kreuzungen usw. parkieren. Das ist ein Sicherheitsproblem. Das Zuparkieren von Begegnungszonen bspw. in der Molkenstrasse entzieht der Bevölkerung Aufenthaltsraum. Die Streifen der Sicherheitsabteilung nehmen sich höchstens in Extremfällen Zeit, das zu ahnden. Im Allgemeinen sind sie der Meinung, sie hätten wichtigere Aufgaben zu erledigen, was ich nachvollziehen kann. Mit diesem Antrag wollen wir, dass die Mitarbeitenden der KRV auch ausserhalb der gebührenpflichtigen Zeiten Kontrollen durchführen. Wir reden nicht von Kontrollen morgens um 3 Uhr, aber von einer Runde abends zwischen 20 und 21 Uhr oder am Morgen zwischen 7 und 8 Uhr. Das würde das Problem chaotischer Autos weitgehend eindämmen. Mit Postulat GR Nr. 2024/426 haben wir gefordert, dass der polizeiliche Assistenzdienst diese Kontrollen durchführen soll. Inzwischen haben wir uns die Kompetenzen genauer angeschaut und sind zum Schluss gekommen, dass es sinnvoller ist, wenn das Kommissariat KRV dies übernimmt. Sie sind spezifisch für diese Aufgaben ausgebildet und haben die nötigen Kompetenzen dafür. Die interne Aufgabenteilung bei der Stadtpolizei ist entsprechend anzupassen. Die Verwaltung hat in der Beantwortung der Fragen zu diesem Antrag zwei Bedenken aufgebracht. Erstens wurden Sicherheitsgründe genannt, weil die KRV-Mitarbeitenden alleine unterwegs sind. Leider ist es so, dass Autofahrende immer wieder aggressiv und bedrohend gegenüber Polizeiorganen auftreten. Wenn eine solche Aggression am Abend um 21 Uhr passiert, soll genau gleich vorgegangen werden, wie wenn sie um 18 Uhr passiert. Die Mitarbeitenden sollen sich keinem Risiko aussetzen, sich entfernen, Kolleginnen der Sicherheitsabteilung alarmieren und die Strafprozessordnung regelt den Rest. Zweitens wurden Unklarheiten aufgebracht, wo die Infrastruktur für zusätzliche Mitarbeitende untergebracht werden soll. Das sollte lösbar sein. Wir passen den Betrag der Fahne auf 248 700 Franken an. Damit soll ab Oktober 2026 eine zusätzliche Ausbildungsklasse gestartet werden, damit unsere Forderung spätestens ab dem Jahr 2027 vollständig umgesetzt wird. Darüber hinaus können im Jahr 2026 die Arbeitszeiten so angepasst werden, dass bestehende Angestellte ausserhalb der heutigen Zeiten kontrollieren können.

Sven Sobernheim (GLP): Die Antragstellenden wollen die Betriebszeiten der KRV per Budgetantrag ausdehnen. Das geht nicht einfach über einen Budgetantrag, das braucht eine grundsätzliche Diskussion. Wir haben schon gehört, dass die Infrastruktur nicht

vorhanden ist. Die KRV-Stützpunkte sind zu klein. Man kann schon sagen, dass es irgendwie passen wird, aber es ist nicht so einfach. Das braucht Bauprojekte und Raumbedarfsstrategien. Man kann das nicht mit einem Fingerschnippen wegmachen. Der Budgetantrag ist ein Schnellschuss. Will man das, braucht es einen sauberen Vorstoss.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürki (FDP): Als ich das Plakat hier vorgestellt habe, habe ich gesagt, das sei einer der Höhepunkte der Debatte. Für mich sind dieser und der Antrag 079 der AL die Tiefpunkte der heutigen Debatte. Ich kann mich gut erinnern, als vor einigen Jahren die SVP immer wieder Anträge zur Abschaffung der Blitzkästen gestellt hat. Die grösste Kritik kam vonseiten der AL, was das für ein Rechtsverständnis sei und wie man so etwas machen könne. Man müsse alle vor dem Gesetz gleich behandeln. Die SVP ist mittlerweile erwachsen geworden und bringt solche Anträge nicht mehr. Genau Ihr, die Ihr das am meisten kritisiert habt, kommt jetzt mit einem solchen Antrag. Irgendwelche Schmarotzer, die gratis Tram fahren und Euch nahestehen, sollen geschützt werden. Aber das Schlimmste, was man in Zürich machen kann, ist auf dem Parkfeld 5 Zentimeter über die Linie zu parken. Das finde ich ein sehr alternatives Rechtsverständnis.

Felix Moser (Grüne): Wir sind auf der Fahne in der Mehrheit. Wir haben das noch einmal besprochen und mit der AL geredet. Sie haben den Betrag auf die Hälfte reduziert. So können wir diesem Antrag zustimmen. Wir finden es wichtig, dass die Falschparkierenden auch in der Nacht ausserhalb der gebührenpflichtigen Zeiten kontrolliert werden.

Florian Utz (SP): Wir waren auf der Fahne in der Enthaltung, weil der Antrag relativ spät einging und wir in der Fraktion noch nicht darüber entscheiden konnten. Aber nur weil er spät kam, heisst das nicht, dass der Antrag schlecht wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Wir finden das einen sehr spannenden, guten, kreativen Antrag und stimmen darum zu. Wir glauben, dass wir so einen minimalen Beitrag an die Entlastung der Stadtpolizei leisten können, die diese Aufgaben heute ausserhalb der Bürozeiten übernehmen muss. Das Votum von Martin Bürki (FDP), dass Kontrollen abgeschafft würden, habe ich nicht verstanden. Das Gegenteil ist der Fall: Es werden Kontrollen eingeführt.

Stephan Iten (SVP): In diesem Rat gibt es zwei Feindbilder, das eine ist die Polizei, das andere sind die Autofahrer. Ich muss über Michael Schmid (AL) schmunzeln. Du bist schon ein Unikum. Ein auf der Kreuzung parkiertes Auto kannst Du mir nächstes Mal zeigen. Ich bin sehr erstaunt. Vorher habt ihr gesagt, dass es nichts bringe, die Polizeistellen zu erhöhen, weil wir sie nicht besetzen können. Hier seid Ihr plötzlich der Meinung, dass man Ressourcen aufstocken und diese Stellen besetzen kann. Ich möchte alle erfahrenen Politiker darauf hinweisen, dass die AL auf ein Postulat verweist, das am 23. Oktober 2025 überwiesen wurde. Ein Postulat ist ein Prüfauftrag, für den der Stadtrat zwei Jahre Zeit hat. Man stellt keinen Budgetposten für das nächste Jahr für etwas ein, das der Stadtrat noch gar nicht umsetzen muss. Und es ist ein Postulat. Es gibt keinen Grund, für etwas Geld einzustellen, das nicht umgesetzt werden muss. Ich möchte darauf hinweisen, dass man bei der Frontpolizei Stellen streicht. Die Frontpolizei ist für die Sicherheit der Stadt zuständig. Erklärt mir, wie gefährlich ein Auto ist, das 5 Zentimeter über den Rand schaut. Ist das wirklich prioritär zu behandeln? Ich möchte Wörter sagen, die ich nicht darf, weil ich sonst vom Präsidenten gerügt werde. Bitte kommt zur Vernunft. Florian Utz (SP), als einer der erfahreneren Gemeinderäte kannst Du so etwas nicht gut finden, weil Du haargenau weisst, dass das nicht machbar ist.

Michael Schmid (AL): Die Wut von Stephan Iten (SVP) ist darauf zurückzuführen, dass er offenbar nicht sehen kann, dass es verschiedene Stellen bei der Polizei gibt, die an-

dere Aufgaben haben. Es ist unterschiedlich schwierig, diese zu besetzen. Die Sicherheitsabteilung ist nicht dasselbe wie die KRV. Es geht genau darum, die Stellen, die in der Sicherheitsabteilung schwierig zu besetzen sind, zu entlasten. Sie soll die Funktionen der Polizei, die wir alle wichtig finden, erfüllen können. Es ist euer interner Diskurs, dass wir das anders sähen, weil es in euer Narrativ passt. Ich bin über die Haltung der FDP erstaunt, die es nicht schafft, die kurz gehaltene Begründung in der Fahne zu lesen und zu verstehen, worum es im Vorstoss, auf den referenziert wird, geht. Es geht nicht um die Breite der Fahrzeuge, sondern um Kontrollzeiten. Wenn Ihr es jetzt verstanden habt, könnt Ihr euch noch umentscheiden. Dass es offenbar ein Tiefpunkt ist, wenn im Gesetz definierte Regeln durchgesetzt werden, nehme ich zur Kenntnis.

Martina Zürcher (FDP): Ich sehe, dass sich heute Abend wahrscheinlich wieder die Zentimeter-Bünzlis durchsetzen. Zuerst stellen wir fest, dass Sie immer mehr Personal für die Kontrolle von immer weniger Parkplätzen wollen. Mich treibt aber viel mehr um, dass die Ratsseite, die immer vorgibt, sich für das Personal zu engagieren, Nachtarbeit für eine Abteilung einführen will, die das bisher nicht kennt. Die KRV kontrolliert tagsüber. Jetzt sollen sie plötzlich Nachtarbeit leisten. Das finden wir nicht richtig.

Moritz Bögli (AL): Ich muss Martin Bürki (FDP) durchaus Recht geben: Es ist ein gewisser Tiefpunkt. Uns wurde vorher von den «Law and Order»-Parteien vorgeworfen, dass wir die Sicherheit aufs Spiel setzten. Es sei unglaublich wichtig, dass es mehr Frontpolizei gebe. Im Antrag machen wir genau das: Wir schaffen Platz für den Einsatz der Frontpolizei, indem wir sie entlasten. Das geht Ihnen zu weit, weil es um etwas geht, das Ihnen ideologisch so wichtig ist: das Auto. Vielleicht müssen Sie sich fragen, worum es eigentlich geht. Ging es Ihnen bei der vorherigen Stellenschaffung darum, die Polizei zu entlasten oder um einen rein ideologischen Kampf? Hiermit können wir die Frontpolizei effektiv entlasten, mit Stellen, die massiv einfacher zu besetzen sind.

Stefan Urech (SVP): Die AL zeigt bei diesem Antrag ihr wahres Gesicht. Sie wollen sich immer als frische, subversive und disruptive Arbeiterpartei verkaufen, die Unruhe bewahren will. Hier zeigt sich, wie sie wirklich sind: Sie sind Bünzlis, die wollen, dass Beamte mit dem Massstab herumlaufen und bei einem Schreiner, der 15 Zentimeter falsch parkiert hat, eine Busse verteilen. Sie sind intellektuelle Bünzlis, die nichts mehr mit einer Arbeiterpartei zu tun haben. Die von Michael Schmid (AL) geschilderte Szene vom Stadtzürcher Verkehr ist entweder völlig verblendet oder frei erfunden. In der Stadt sei nicht das Problem, dass Trottinets auf dem Trottoir herumstehen oder Velos, die zu nah an einem Fussgänger vorbeifahren, sondern Autos, die in der Nacht quer auf einer Kreuzung parkiert seien? Es ist wirklich schwierig, eurer Litanei zuzuhören.

S. 229	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
043.	Antrag Stadtrat			239 699 100	Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Felix Moser (Grüne), Johann Widmer (SVP)
			248 700	239 947 800	Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat
					Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Aufstockung der Ressourcen (2 Stellen) beim Kommissariat Kontrolle Ruhender Verkehr (KRV) zur Büssung von Falschparkenden ausserhalb gebührenpflichtiger Zeiten und Entlastung der Uniformpolizei (teilweise Umsetzung des Punkts 2 des Postulats GR Nr. 2024/426)

Michael Schmid (AL) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Erhöhung um 248 700 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 044. bis 046.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Andreas Egli (FDP): Wir beantragen die Ausrüstung und Ausbildung unserer Polizeipatrouillen mit Tasern sowie die Anschaffung der entsprechenden Munition. Taser sind eindeutig das mildere Mittel als Pistolen. Es kommuniziert sich insbesondere in Notsituationen, namentlich in Fällen von häuslicher Gewalt, viel ruhiger, wenn man in der Diskussion mit hektischen Parteien nicht nur eine Pistole mit potenziell tödlicher Schussabgabe, sondern auch die Möglichkeit eines Tasers zur Verfügung hat. Wenn man einen Taser nur schon knattern lässt, führt das in vielen Situationen zur Beruhigung sehr aufgeregter Leute. In einer Menschenmenge, in der jemand durchdreht oder ein Messerattentat verüben will, wie man international mehrfach und leider zuletzt auch in Zürich erleben musste, ist es von Vorteil, wenn man einen Taser zur Verfügung hat. Wenn man einen solchen Täter mit einem Taser ausser Gefecht setzen kann, ist man nicht darauf angewiesen, dass man ihm mit einer Pistole potenziell tödliche Verletzungen beibringt und das ganze Umfeld gefährdet. Im Gegensatz zu Befürchtungen von Missbrauch, wie man es aus den USA kennt, hat man in der Statistik der Kantonspolizei gesehen, dass der Einsatz vernünftig bleibt. Es ist ganz einfach: Man muss mit dem Taser gut ausbilden und gut führen. Was die Kantonspolizei kann, kann die Stadtpolizei noch lange. Darum macht es Sinn, dass die Stadtpolizei bei der Patrouille auch mit Tasern ausgerüstet wird. Weitere Argumente für den Taser habe ich in einem FDP-Podcast auf mehblau.ch zusammen mit Mario Fehr vorgebracht. Wenn Sie dies noch nicht gehört haben, haben Sie während der Diskussion noch Zeit. Damit Sie sich der Meinung anschliessen, dass wir für die Stadtpolizei einen Taser pro Patrouille und die Munition anschaffen sowie die Ausbildung vornehmen, sodass alle Patrouillen damit ausgerüstet werden können.

Derek Richter (SVP): Taser sind ein bewährtes Einsatzmittel. Man kennt die Technologie schon seit mehreren Jahrzehnten. Ein Taserschuss kostet die Stadtpolizei ungefähr 50 Franken. Es wird also sehr zurückhaltend eingesetzt. Wir haben bei der städtischen Interventionseinheit Skorpion bereits Taser im Einsatz. Die Argumentation der FDP hat uns überzeugt und wir schwenken um. Wir wären sogar dafür, dass ein Taser per Polizist mitgeführt wird. Uns ist es lieber, wenn ein Polizist einen Taser anstatt einer Pistole einsetzt, weil es eine nicht letale Waffe ist. Das überzeugt ziemlich schnell und es gibt keine Folgeschäden, was sich auch in den Behandlungskosten niederschlägt.

Florian Utz (SP): Wir haben diese Debatte letztes Jahr sehr ausführlich geführt. Daher muss ich nicht alle Argumente wiederholen. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) hält die Lösung, die der Gemeinderat beim Budget 2025 beschlossen hat und die die Stadtpolizei beantragt, für sinnvoll und stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion die Anträge der Minderheit 2 zurück: Die SVP schwenkt zum Antrag der FDP und zieht den Minderheitsantrag 2 zurück.

Nicolas Cavalli (GLP): Wie Florian Utz (SP) gesagt hat, haben wir in der Vergangenheit schon eingehend über Taser diskutiert. Sie wissen inzwischen, dass die GLP anerkennt, dass der Einsatz von Tasern unter Umständen – das ist wichtig zu betonen – sinnvoll sein kann. Wir haben in der Vergangenheit gesagt, dass es herausfordernde Sicherheitslagen gibt. In der letzten Budgetdebatte haben wir über die Situation bei Stichwaffen diskutiert. Das war eines der Argumente, das uns überzeugt hat, dass der Taser ein sinnvolles Eskalations- oder auch Deeskalationsmittel sein kann. Für uns war die Nachvollziehbarkeit ein wichtiger Punkt, die beim Taser gegeben ist. Wir möchten aber natürlich, dass man den Taser nicht leichtfertig braucht und genügend geschult wird. Wir sagen Ja zum Taser, wollen aber keine Blindverteilung an alle Frontpolizist*innen, wie es die SVP ursprünglich wollte. Wir stehen hinter der Poollösung auf den Patrouillen in den jeweiligen Fahrzeugen. Wir glauben, dass der Taser so am richtigen Ort ist, nämlich als Interventionsmittel. Wir stimmen den Anträgen zu Munition, Lizenz und Geräten zu.

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne): Ich möchte auf das Argument «häusliche Gewalt» reagieren. Ich finde das ein extrem zynisches Beispiel. Häusliche Gewalt ist sehr komplex. Bis die Polizei kommt, ist die Gewalt in den allermeisten Fällen vorbei. Die Tatperson möchte es vertuschen, normal wirken, das Opfer diskreditieren und als hysterisch darstellen. Es braucht in solchen Situationen andere Skills der Polizei. Es ist wichtig, dass in der Ausbildung weiterhin ein Schwerpunkt darauf gelegt wird. Ich finde es auch zynisch, weil häufig Kinder involviert sind. Die Kinder mussten mit ansehen, wie – meistens – der Vater ihre Mutter attackiert hat. Sie müssen nicht auch noch sehen, wie der Vater nieder getasert wird. Auch das kann traumatische Belastungsstörungen auslösen. Wir wissen aus Studien, dass es für Kinder gravierender ist mitzubekommen, wie ihre Mutter Gewalt erlebt, als wenn sie selbst Gewalt erfahren. Dieses Beispiel zu bringen, um ein Ja für Taser zu erreichen, ist nicht in Ordnung.

Markus Knauss (Grüne): Die Grüne-Fraktion hat sich vor einem Jahr dafür ausgesprochen, dass es bei den Patrouillenfahrzeugen der Stadtpolizei mehr Taser gibt. Anders als Derek Richter (SVP) gesagt hat, haben nicht nur die Interventionseinheiten Taser, sondern auch das Sonderkommissariat (SOKO), das vor allem am Freitag- und Samstagabend unterwegs ist, wenn es brennt. Sie sind mit den Tasern schnell vor Ort. Mich erstaunt an der bürgerlichen Argumentation, dass Sie bei den Polizeistellen den Antrag für mehr Stellen unterstützten. Hier wurde kein Antrag auf mehr Taser gestellt. Jetzt wissen Sie selber besser als das Polizeikommando, dass es mehr Taser braucht. Es ist so, dass die Taser sehr zurückhaltend eingesetzt werden. Ich gehe davon aus, dass das Polizeikommando es ebenso sieht, dass es nicht das drängende Problem ist, zu dem Sie es hochstilisieren. Wer es wirklich hochstilisiert, ist der kantonale Sicherheitsdirektor. Er sagt bei jeder Gelegenheit, dass es zwei Korps auf dem Platz Zürich gebe, ein Korps mit und eines ohne Taser. Es ist klar, dass er ein geschickter Vermarkter ist. Er will, dass mehr Leute zur Kantonspolizei als zur Stadtpolizei gehen. Ganz offensichtlich funktioniert das. Wenn Sie sich derart auf die Taser-Frage fixieren, machen Sie die Arbeit der Rekrutierung bei der Stadtpolizei nicht einfacher. Damit spielen Sie genau bei diesem Narrativ mit, dass es eine zentrale Frage sei, ob ein Korps Taser hat oder nicht.

*Dem Bemühen der Stadtpolizei, genügend Personal zu finden und die besten und klügsten Aspirant*innen zur Stadtpolizei zu locken, leisten Sie damit einen Bärendienst.*

Thomas Hofstetter (FDP): *Es wurde heute Abend einiges gesagt, das so nicht stimmt. Ich war selbst Taserträger und kenne das Einsatzmittel. Ich habe mich auch tasern lassen. Ich habe Situationen erlebt, in denen ich froh war, dass ich einen Taser dabei hatte. Ich zeige Ihnen einige Beispiele auf, die so vorkommen können oder so ähnlich schon vorgekommen sind. Sie werden zu einem Einsatz gerufen, wo ein Mann seine Partnerin mit einem Messer oder Hammer bedroht, also ein klassischer Fall von häuslicher Gewalt. In einer solchen Situation müssen Sie als Polizistin oder Polizist sofort handeln und die Situation entschärfen. Wenn Sie nur eine Schusswaffe und keinen Taser haben, müssen Sie die Schusswaffe mit gravierenden Folgen für den Täter und die Polizistinnen und Polizisten einsetzen. Was bedeutet ein Schusswaffeneinsatz? Einerseits haben Sie einen schwer verletzten Täter, der eventuell sogar tot ist, andererseits haben Sie Polizistinnen und Polizisten, die die Bilder ein Leben lang nicht mehr vergessen werden. Sie werden in der Nacht erwachen und die Bilder vor sich haben. Zudem wird ein Verfahren eröffnet, was ich aus rechtsstaatlicher Sicht absolut begrüsse. Dort wird geklärt, ob der Schusswaffeneinsatz verhältnismässig war oder nicht. Das Strafverfahren kann Jahre dauern und vor Bundesgericht enden. In dieser Zeit weiss man nicht, ob man verurteilt wird und ob man die Stelle behalten kann oder nicht. Zusammenfassend kann man sagen, dass es auch für die Polizistinnen und Polizisten eine grosse psychische Belastung ist. Daher müssten auch Sie von der links-grünen Seite sich für Taser starkmachen. Überall in der Stadt setzen Sie sich für die Arbeitnehmer ein, nur bei der Polizei nicht. Kolleginnen und Kollegen aus der SP oder den Grünen, denen die Polizistinnen und Polizisten nicht völlig egal sind, müssten heute Abend anders als die Fraktion stimmen. Ich glaube nicht, dass ein Teil Ihres Elektorats wirklich versteht, wie Sie heute abstimmen. Die Polizei hat einen ganz grossen Rückhalt in der Bevölkerung.*

Moritz Bögli (AL): *Ich finde es sehr zynisch, wie geschlechterspezifische Gewalt hier gebraucht wird, um mehr Polizeieinsatzmittel zu fordern. Wir müssen ehrlich sein, über was Sie genau reden. Vorher haben wir von der SVP gehört, dass es keine Nachteile beim Einsatz von Tasern gebe. Die FDP hat uns sehr emotional erklärt, wie schlimm es ist, wenn man die Schusswaffe einsetzen muss. Ich kläre Sie gerne ein bisschen auf. In den 2010er-Jahren sind in den USA über 500 Menschen bei Taser-Einsätzen gestorben. Taser sind kein Spielzeug. Es ist auch zynisch zu sagen, man soll damit knattern. Taser sind gefährliche Einsatzmittel, die man zurückhaltend brauchen sollte. Je mehr Taser man hat und wenn man ihn am Dienstgurt trägt, ist die Hemmschwelle zur Nutzung kleiner. In der Stadt fanden in den letzten 10 Jahren keine 10 Schusswaffenabgaben statt. Zu sagen, dass man diese mit Tasern noch reduzieren könne, ist keine ehrliche Politik. Die Situation im Kanton ist eine andere als in der Stadt. Dort ist die nächste Patrouille vielleicht 15 Minuten entfernt. In der Stadt können die Interventionseinheit und das Sonderkommando, die mit Tasern ausgerüstet sind, in sehr viel kürzerer Zeit ausrücken. Es ist angesichts der Risiken mit potenziellen Todesfällen nicht angebracht, die Hemmschwelle bei den Tasern zu senken. Das wäre die Konsequenz, wenn man sie breit verteilen würde. Deshalb finde ich es sinnvoll, dass wir bei dem Beschluss bleiben, den wir letztes Jahr in diesem Rat gefasst haben und sicher nicht weitergehen.*

Andreas Egli (FDP): *Im Gegensatz zur Vorsteherin des Sicherheitsdepartements, die das Thema mit Blick auf die Wahlen verschweigen will, bin ich davon ausgegangen, dass man aufgrund von Informationen gescheitert werden darf. STR Karin Rykart hat offenbar nicht mit ihrer geistigen Entwicklung gerechnet, darum wurde der Vorstoss nicht vom Stadtrat vorgebracht. Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und Moritz Bögli (AL) scheinen ein seltsames Verständnis von unserer Polizei zu haben. Sie denken, dass sie darauf aus ist, bei einem Fall von häuslicher Gewalt den Vater nieder tasern zu dürfen.*

Das scheint die grosse Bedrohung zu sein, die unsere Stadtpolizisten entwickeln könnten. Wenn sich jemand für das Thema interessierte, konnte er feststellen, dass z. B. in einem Coop ein nackter Mann Leute attackiert hat. Die Stadtpolizei war vor Ort und konnte weder mit Worten noch mit Schlagstöcken Sicherheit schaffen. Zufällig war eine Patrouille der Kantonspolizei zugegen, die eingreifen konnte, bevor es zu grösserem Schaden kam. Sie konnten den Mann gefahrlos mit dem Taser beruhigen, zu Boden bringen und festnehmen. Er konnte danach in Sicherheitsverwahrung genommen werden. Andernfalls hätte man letztlich mit der Pistole schiessen müssen. Das Verhalten des Mannes, der in einem Zustand war, der vielleicht seine Gründe hatte, war nicht akzeptabel. Er hätte eine schwere Verletzung erlitten oder wäre gestorben. Es kann nicht sein, dass einfach auf die Pistole verwiesen wird. Es ist auch nicht so, dass der Taser alle Probleme bei häuslicher Gewalt löst. Aber kein Taser löst die möglichen Probleme, die man damit lösen kann, auch nicht. Sie nehmen diese Gefährdung in Kauf, auch zu lasten der Mitarbeiter unserer Polizei. Das wollen wir nicht und sagen Ja zu den Tasern.

Roger Bartholdi (SVP): *Ein Taser kommt nur dann zum Einsatz, wenn alles andere nicht mehr eingesetzt werden kann oder keine Wirkung zeigt. Das ist klar. Es ist wie bei einer Waffe, die als allerletztes Mittel eingesetzt wird. Ich möchte die Aussage zu den USA mit 300 Todesfällen präzisieren. Ich nehme an, dass die Zahl von Amnesty International stammt. Den Bericht habe ich gerade durchgelesen. So sagt man nur die Hälfte. Es steht auch im Bericht, dass die meisten der untersuchten Todesfälle im Zusammenhang mit anderen Faktoren wie Drogen stehen. Das darf man nicht einfach wegwischen. Das rückt das Ganze in ein anderes Licht. Wenn man in den USA schaut, wie viele durch Schusswaffen umkommen, ist das noch mal um einen Faktor x höher. Taser sind das letzte Instrument, das man einsetzt, das allerletzte ist die Schusswaffe. Kein Polizist setzt das einfach nur zum Beruhigen ein, sondern um Leben zu schützen.*

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Es ist erstaunlich, wie die rechte Ratshälfte hört, was sie hören will. Meine Aussage war, dass ich es extrem problematisch finde, geschlechterspezifische Gewalt hier zu instrumentalisieren, um für Taser zu reden. Ich habe nie gesagt, dass eine Polizistin oder ein Polizist das super finden würde. Das wurde von euch bewusst falsch wiedergegeben, was ich nicht in Ordnung finde. Ich arbeite im Alltag immer wieder mit Polizist*innen zusammen, die beim Thema häusliche Gewalt sehr engagiert sind. Sie besuchen sehr viele Weiterbildungen, wollen den Betroffenen helfen und betonen immer wieder, dass es extrem wichtig ist, deeskalierend in eine Situation hineinzugehen. Ich habe wirklich nie gesagt, dass es ihnen Spass machen würde. Es ist sehr zynisch, den Bereich geschlechterspezifische Gewalt populistisch auszuschlachten. Frauen sterben. Es ist in diesem Land keine politische Priorität, geschlechterspezifische Gewalt zu verhindern, wie wir vor zwei Tagen im Nationalrat gemerkt haben. Jede zweite Woche wird ein Femizid begangen. Dass Sie es weiterhin wagen, das so auszuschlachten, finde ich absolut respektlos und völlig daneben.*

Sophie Blaser (AL): *Beim Zuhören habe ich gedacht, dass sich die Debatte vom letzten Jahr wiederholt. Darum habe ich mich kurz herausgenommen. Aber der Tiefpunkt vom letzten Jahr ist noch tiefer gesunken. Ich frage mich wirklich, was Ihr Verständnis von Deeskalation ist, ob Sie sich als Expert*innen verstehen. Sie reden von Deeskalation und schwierigen Situationen, aber schaffen absurde Vorstellungen. Mir von Andreas Egli (FDP) anhören zu müssen, dass Fraktionskolleg*innen in diesem Jahr eine geistige Entwicklung hätten durchmachen sollen, ist zumindest despektierlich. Sie haben alle Ihre persönlichen Geschichten erzählt. Ich erinnere mich an eine Schlagzeile vom September 2024, als eine Hortmitarbeiterin mit einer Gruppe von Kindern von einer Person mit einem Messer angegriffen wurde. Man stelle sich vor, dass die Hortmitarbeiterin – nebst der Aufsicht über die Kinder – den Angreifer mit dem Messer entwapfnet und festgehalten hat, bis die Polizei eintraf. Wenn man Einsatzmittel aufgrund von einzelnen*

*persönlichen Einschätzungen fordert, dann wäre das vielleicht auch noch ein Input. Vielleicht kann STR Karin Rykart nächstes Jahr Hortleiter*innen auf die Patrouillen mitnehmen. Die können das scheinbar sehr gut. Das Niveau der Debatte ist unwürdig.*

Martina Zürcher (FDP): Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) hat gesagt, dass Deeskalation gerade beim Thema häusliche Gewalt sehr wichtig ist. Da bin ich und auch meine Fraktion ist total bei ihr. Aber Deeskalation ist für eine Polizistin oder einen Polizisten viel einfacher, wenn er oder sie einen Taser am Gurt oder in der Hand hat, als wenn das letzte Mittel eine Pistole ist. Moritz Bögli (AL) bringt immer den Vergleich mit den USA. Ein Teil hat Roger Bartholdi (SVP) schon gesagt. Man darf nicht vergessen, dass in den USA Polizistinnen und Polizisten geführt eine dreimonatige Schnellbleiche als Ausbildung erhalten. Bei uns werden sie zwei Jahre ausgebildet. Das ist gut so. So können sie ganz anders vorgehen. Ich habe noch nichts von STR Karin Rykart gehört.

S. 230	25 2520 3101 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Betriebs-, Verbrauchsmaterial				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
044.	Antrag Stadtrat				3 068 100	Mehrheit
				400 000	3 468 100	Minderheit
			Begründung: FDP/GLP/Die Mitte: Umsetzung einer Poollösung ein Taser pro Patrouille (Munition) SVP: Anschaffung eines Tasers pro Frontpolizeikraft (Munition)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 045.

Wortmeldungen siehe Antrag 044.

S. 231	25 2520 3158 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Unterhalt immaterielle Anlagen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
045.	Antrag Stadtrat				2 835 900	Mehrheit
			Florian Utz (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)			

10 000	2 845 900	Minderheit 1	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte)
40 000	2 875 900	Minderheit 2	Johann Widmer (SVP) Referat
Begründung: Minderheit 1: Umsetzung einer Poollösung ein Taser pro Patrouille (Software-Lizenzen) Minderheit 2: Anschaffung eines Tasers pro Frontpolizeikraft (Software-Lizenzen)			

Johann Widmer (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 1:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 60 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Antrag 046.

Wortmeldungen siehe Antrag 044.

S. 233	25 2520 501415 5060 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge Möbilien				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
046.	Antrag Stadtrat			12 217 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)
			630 000	12 847 000	Minderheit 1	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte)
			3 100 000	15 317 000	Minderheit 2	Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung: Minderheit 1: Umsetzung einer Poollösung ein Taser pro Patrouille (Geräte) Minderheit 2: Anschaffung eines Tasers pro Frontpolizeikraft (Geräte)				

Johann Widmer (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 1:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 047.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Schmid (AL): Da Antrag 47 und 48 zusammenhängen, begründe ich sie gemeinsam. Es geht um eine technische Debatte zu einem Upgrade bei Tasern vom Modell X7 zu X10 – ähnlich zur vorherigen Debatte über Microsoft E3 oder E5. Uns wurden auf Nachfrage drei Gründe für das Upgrade genannt: grössere Magazinkapazität, erhöhte Präzision bei der Einzelpfeilabgabe und dass die Geräte der Serie X7 «end of Life» seien und nicht mehr produziert würden. Es wurde nicht erläutert, warum eine erhöhte Kapazität notwendig ist, in welchem Ausmass die Präzision erhöht wird und wie sich das auf den Einsatz auswirkt. Es wurde auch nicht erläutert, weswegen das Ende der Produktion einen Ersatz notwendig macht, obwohl trotz Einheitlichkeitsgebot keine neuen zusätzlichen Geräte angeschafft werden sollen. Ich behaupte nicht, dass ich besser weiss, welches Modell das wahre ist. Aber wir haben einen Anspruch darauf, Antworten auf unsere Fragen zu erhalten, um nachvollziehen zu können, ob eine Ausgabe gerechtfertigt ist. Aufgrund der Antworten kann ich klar sagen, dass die Nachvollziehbarkeit nicht gegeben ist. Darum beantragen wir, auf diesen Ersatz zu verzichten und weiter das Modell X7 zu benutzen. Entsprechend ist auch der Ersatz der Munition obsolet.

Markus Haselbach (Die Mitte): Es handelt sich um einen Betrag von 100 000 Franken für Tasermunition zu Ausbildungszwecken. Er ist im Jahr 2026 – wegen Ersatz alter Geräte durch neue – höher budgetiert. Der Ersatz ist eine operative Frage, bei der sich der Gemeinderat nicht einbringen muss. Ein potenziell gefährliches Gerät braucht offensichtlich Ausbildung und entsprechend auch das relativ teure Verbrauchsmaterial.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Wir haben vor einem Jahr für das Sonderkommissariat (SOKO) Taser beschlossen. Wir finden es okay, dass dieselbe Anzahl veraltete Geräte durch neuere ersetzt wird, da das Zubehör teils nicht mehr vorhanden sein wird und Munition für diese Geräte angeschafft wird. Wir stimmen bei beiden Anträgen mit dem Stadtrat.

Florian Utz (SP): In der Fraktion haben wir die Anträge unterschiedlich behandelt, weil die Fragen, ob alte Geräte durch neue ersetzt werden sollen und ob Munition beschafft werden soll, unterschiedlich sind. Munition muss unabhängig davon, ob neue oder alte Geräte benutzt werden, beschafft werden. Bei der ersten Frage sind wir in der Fraktion von den Argumenten für die neuen Taser nicht überzeugt und stimmen mit dem Antrag der AL. Bei der Munitionsfrage haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

Michael Schmid (AL): Die Diskussion hat meine Meinung bestärkt und mich schockiert, da die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) sich hiermit nicht auseinandersetzen möchte. Markus Haselbach (Die Mitte) hat gesagt, es brauche Munition zum Üben. Es geht aber nicht um den Kauf von aufgebrauchter Übungsmunition, sondern darum, dass bei Anschaffung eines neuen Geräts die Munition des alten ersetzt werden muss. Felix Moser (Grüne) meinte, dass das Zubehör nicht mehr erhältlich sei. Vielleicht hast du Insiderwissen, jedenfalls ist das aus den Antworten, die mir zur Verfügung standen, nicht ersichtlich. Es ist eine Frage der «Good Governance», dass wir die parlamentarische Aufsicht wahrnehmen und bei Nicht-Beantwortung von Fragen eine Streichung erwirken. Wahrscheinlich kommt von der Polizei ein Votum, dass sie alles besser wüssten. Bei dem Argument hätten wir auch auf den vorherigen Antrag verzichten können.

Sven Sobernheim (GLP): Lieber Michael Schmid (AL), wir haben 5 Lesungen in der RPK gemacht. Wir haben rund 40 Stunden in Sitzungen verbracht, einzelne Mitglieder haben viele Sonntage mit der Kommissionstätigkeit verbracht. Jetzt masst du dir die Aussage an, wir hätten nichts gemacht, in der Nase gebohrt, keine Fragen mit der Verwaltung ausgetauscht, das RPK-Tool nicht verstanden und die Antworten nicht gelesen. Deinen Angriff auf die RPK-Mitglieder weise ich weit von uns.

Martin Busekros (Grüne): Das grössere Magazin ist für mich der Hauptkritikpunkt, weswegen ich den Antrag ablehne. Mir ist nicht klar und es wurde nicht erklärt, warum es ein grösseres Magazin braucht. Ich weiss von mindestens einem Fall, in dem eine Person wohl nicht mehr leben würde, wenn es ein grösseres Magazin gegeben hätte.

Andreas Egli (FDP): Wenn die Polizei sagt, der Taser 7 sei veraltet und «end of Life», kann das angezweifelt werden, wenn sowieso alles von der Polizei angezweifelt wird. Die Funktionsweise ist aber einfach: Der Taser 7 schiesst zwei Pfeile, die mit dem Draht verbunden sind. Wenn die bei dir im Körper stecken, fliesst Strom durch, der dazu führt, dass deine Muskeln krampfen und du nachher am Boden liegst. Dann kannst du gepackt und mit Handschellen oder Kabelbindern befestigt werden. Wenn ein Pfeil dich nicht trifft, steckt nur ein Kabel oder gar keins. Bei einem notwendigen Tasereinsatz, insbesondere im Fall von häuslicher Gewalt, Bedrohung durch Messer oder wenn jemand auf Polizeimitarbeiter losgeht, werde ich dann die Pistole ziehen und schiessen müssen, wenn ich keine Munition für den Taser 7 mehr habe. Um das zu verhindern und zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, gibt es den Taser 10 mit mehreren Pfeilen. Mit dem ersten Schuss kann ich zwei Pfeile abschiessen. Wenn ich unzureichend getroffen habe, kann ich weitere Pfeile schiessen oder damit die Wirkung verstärken. Mit dem neueren Modell kann ich effektiv heikle Situationen entschärfen, ohne dass ich eine Schusswaffe einsetzen müsste. Es entzieht sich meinem Verständnis, wie das aus Ahnungslosigkeit, fehlendem Interesse und generell ablehnender Haltung nicht unterstützt werden kann. Ich hoffe, auch die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements äussert sich dieses Mal.

Michael Schmid (AL): Danke für die Erläuterungen, Andreas Egli (FDP). Sie sind in die Richtung gegangen, die ich nicht von einem Experten für Familienrecht erwartet hätte, sondern von den Antworten zum Antrag oder von proaktiver Information in den Sachkommissionen. Der fahle Nachgeschmack bleibt. Es ist nicht meine Aufgabe, bei irrelevanten Antworten auf Fragen Informationen auf anderem Weg zu beschaffen. Ich wurde missverstanden: Meine Äusserung war keine allgemeine Kritik an der ausgiebigen Arbeit der RPK, sondern Unverständnis für die Mehrheit der RPK bei diesem Antrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Trotz mehrfacher Aufforderung wollte ich mich nicht mehr zu den Tasern äussern. Letztes Jahr haben wir diese Diskussion bereits geführt. Ich habe den Antrag dieses Jahr nicht gestellt, deswegen glaubte ich nicht, etwas sagen zu müssen. Zu den Tasern kamen viele Fragen und wir haben viele Antworten geliefert. Darin steht, wieso die Anschaffung des Modells X10 nötig ist. Das Modell X7 ist am «end of Life». Es wird nicht mehr produziert und soll durch die neue Generation ersetzt werden.

S. 230	25 2520 3101 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Betriebs-, Verbrauchsmaterial				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
047.	Antrag Stadtrat				3 068 100	Mehrheit
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
			100 000		2 968 100	Minderheit
						Tanja Maag (AL) Referat, Lara Can (SP), Leah Heuri (SP)
		Begründung:	Verzicht auf Tasermunition für neue Geräte (X10)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 32 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Antrag 048.

S. 233	25 2520 501415 5060 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge Möbilien				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
048.	Antrag Stadtrat				12 217 000	Mehrheit
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Felix Moser (Grüne), Johann Widmer (SVP)
			250 000		11 967 000	Minderheit
						Enthaltung
						Tanja Maag (AL) Referat Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Verzicht auf Ersatz der Taser des Modells X7. Es konnte nicht schlüssig erklärt werden, warum die Taser-Geräte ersetzt werden müssen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 049.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Sobernheim (GLP): Nachdem der Gemeinderat (GR) im Jahr 2025 die Stellen für die Schutzraumkontrollen nicht bewilligte, hat der Stadtrat die externe Unterstützung im Nachtragskredit I beantragt. Das hat die Mehrheit des GR ebenfalls abgelehnt. Im Budget 2026 ist die externe Unterstützung für Schutzraumkontrollen erneut aufgeführt. Nach 13 Fragerunden ist der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) noch

immer nicht klar, warum es die externe Unterstützung braucht. Im Jahr 2023 haben wir mit 1,2 Vollzeitäquivalenten 905 Schutzraumkontrollen und 381 Nachkontrollen, insgesamt also 1286 Kontrollen durchgeführt. Im Jahr 2024 waren es nur 632 Kontrollen, obwohl wir 1,4 Vollzeitäquivalente hatten. Für das Jahr 2025 sieht es aktuell so aus, dass 715 Kontrollen geschafft werden. Wir haben auch nicht verstanden, warum die erforderlichen Nachkontrollen verschärft wurden. Im Gesetz ist definiert, dass ein kritischer Mangel innerhalb von 90 Tagen behoben werden muss. Die kantonale Behörde hat definiert, dass der Mangel nachkontrolliert werden muss. Das steht weder in der Verordnung noch im Gesetz – Menschen im Militär- und Zivilschutz haben das erfunden. Es ist unklar, warum die Nachkontrolle gemacht werden muss. Die Mehrheit der RPK sieht immer noch keinen Handlungsbedarf und will, dass in diesem Bereich nur Notwendiges unternommen wird. Wir sind überzeugt, dass die 1,4 Vollzeitäquivalente für die notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen Massnahmen ausreichen. Wir verlangen vom Stadtrat, dass er sich gegen Regeln des Kantons ohne gesetzliche Grundlage wehrt.

Markus Haselbach (Die Mitte): *Letztes Jahr hat der GR zwei zusätzliche Stellen abgelehnt und jetzt zahlen wir die Rechnung dafür. Aus den Antworten an die RPK geht klar hervor, dass bei den Schutzraumkontrollen ein Rückstand besteht. Die Kontrolle ist aus zwei Gründen aufwendiger geworden: Es gibt mehr kritische Mängel, die Nachkontrollen erfordern, bspw. müssen viele Ventilatoren altershalber ersetzt werden. Die Kontrollen werden auch strenger durchgeführt und Mängel müssen vorschriftsgemäss innert 3 Monaten behoben werden. Früher reichte es aus, einen Mangel bis zur nächsten Kontrolle in 6 Jahren zu beheben. Der Minderheit ist klar geworden, dass mehr Mittel nötig sind.*

Weitere Wortmeldungen:

Martina Zürcher (FDP): *Wie man in der Interpellation GR Nr. 2025/233 von Andreas Egli (FDP) nachlesen kann, ist das Problem nicht, die Schutzräume zu kontrollieren. Wir sollten zusätzliche erstellen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Es gibt drei Gründe dafür, dass wir früher mit weniger Personal mehr Schutzräume kontrollieren konnten. Diese haben wir in den Antworten geliefert: Erstens sind die Schutzräume ins Alter gekommen. Etwa die Hälfte der privaten Schutzräume ist älter als 40 Jahre. Viele Lüftungen und Bauteile haben das Ende der Lebensdauer erreicht. Der schlechte Zustand der Schutzräume macht die Kontrolle aufwendiger. Mängel müssen dokumentiert werden und Nachkontrollen sind nötig. Zweitens können Liegenschaftsbesitzer beim kantonalen Schutzbautenfonds Kostenübernahme beantragen, weil sie werterhaltende Massnahmen ergreifen. Schutz & Rettung (SRZ) muss eine steigende Anzahl an Rückerstattungsgesuchen prüfen. Drittens wurden Vorgaben des Kantons in der Vergangenheit ungenügend umgesetzt und SRZ ermahnt. Sie mussten die Kontrollqualität und Dokumentation verbessern, wodurch die Kontrollen mehr Zeit in Anspruch nehmen. Um diesen zusätzlichen Aufwand zu leisten und die Vorgaben des Kantons umzusetzen, braucht es die künftige Erhöhung externer Dienstleistungen.*

Andreas Egli (FDP): *In den Antworten des Stadtrats auf die Interpellation von Martina Zürcher (FDP) und mir konnten wir lesen, dass in der Stadt Zürich etwa 80 000 Schutzplätze fehlen. Die Stadt ist offenbar furchtbar stolz, dass sie es schafft, pro Jahr 500 zusätzliche Plätze zu erstellen. Meines Wissens ist das weniger als der geplante Bevölkerungszuwachs pro Jahr; da sind diejenigen ohne offizielle Anmeldung noch gar nicht berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund unterstützt ihr Investitionen in die Kontrolle der Schutzplätze. Ich finde das eine völlig falsche Prioritätensetzung, eine Augenwischerei und letztlich verschwendetes Geld. Aufgrund der internationalen Situation, der Anzahl*

Plätze in der Stadt und der Tatsache, dass wir von Bauherrschaften Schutzräume oder Ersatzabgaben verlangen, müssten wir erwarten, dass die Stadt Schutzräume baut, anstatt bürokratische Hürden zu kreieren. Die Stelle müssen wir uns sparen.

Tanja Maag (AL): *Ich bin fasziniert vom Engagement für diese zwei Schutzraumkontrollstellen und die aufgewendete Zeit. Wenn das nächste Jahr wieder kommt, wird die AL dafür plädieren, die zwei Stellen zu internalisieren. Es würde dann sogar günstiger.*

S. 239	25	SICHERHEITSDÉPARTEMENT				
	2550	Schutz & Rettung				
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
049.	Antrag Stadtrat			3 827 400	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Felix Moser (Grüne)
		375 000		3 452 400	Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsident Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Verzicht auf externe Unterstützung für Schutzraumkontrollen. Kontrollzahlen waren mit weniger Personal vor kurzem noch einiges höher.				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 110 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 050. bis 052. (Postulat GR Nr. 2025/572)

Kommissionsminderheit:

Michael Schmid (AL) zieht die Anträge der Minderheit zurück: Schutz & Rettung (SRZ) lagert wie viele andere städtische Dienstabteilungen Dienstleistungen wie bspw. Einsatzpläne für Brandmeldeanlagen in die Cloud aus, insbesondere auch Clouds von US-amerikanischen Dienstleistern. Dabei beachtet SRZ lediglich Datenschutzvorgaben. Schützenswerte Personendaten lagert SRZ nicht in die Cloud aus, weil bekannt ist, dass die Daten der US-Regierung zur Verfügung stehen und der Zugriff darauf ohne Zustimmung der Dateneigner oder Rechtsverfahren passiert. SRZ hat nicht auf dem Schirm, dass auch die Verfügbarkeit der Daten mit Auslagerung an US-Clouds gefährdet ist. US-Behörden können Firmen mit Sitz in den USA anweisen, die Dienste gewisser ihrer Kunden zu sperren, egal wo sie sich befinden, mit welcher lokalen Tochtergesellschaft Verträge abgeschlossen wurden und welche Gesetze vor Ort gelten. Auch da steht der Rechtsweg nicht zur Verfügung. Es ist nicht auszuschliessen, dass die US-Regierung auch in der Schweiz und in Zürich zum Durchsetzen ihrer Interessen Zugänge sperren lässt oder damit droht. Das ist kein theoretisches Hirngespinnst: Im Jahr 2019 hat Adobe Inc. auf Geheiss der US-Regierung den Zugang zu Diensten und Daten für alle Einwohnenden von Venezuela gesperrt. Sie haben ihre Daten in der Adobe-Cloud dauerhaft verloren. Ein zeitlich und geografisch näheres und beunruhigenderes Beispiel hat sich dieses Jahr zugetragen: Im Februar 2025 hat Microsoft dem Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, den Zugang zu seinen Diensten entzogen. Das war eine explizite Sanktionsmassnahme, weil Karim Khan eine Anklage erhoben hatte,

die dem US-Präsidenten nicht genehm war. Die beiden Beispiele zeigen, dass der Entzug von Daten und Infrastruktur, die bei Dienstleistern mit engem Bezug zu den USA abgelegt sind, jederzeit vollzogen werden kann. Egal wo die Server stehen, auf denen die Daten abgelegt sind. Unsere Notfallorganisationen sollten diese nicht für einsatzrelevante Aufgaben nutzen, wenn wir uns nicht erpressbar machen lassen wollen. SRZ ist mit dem Bewusstsein offenkundig nicht weit. Sie konnten auch nicht beantworten, welche Projekte für die weitere Cloud-Auslagerung geplant sind – in ihrer Antwort haben sie nur bereits ausgelagerte Projekte aufgeführt. Da die Anzahl der Auslagerungen im Jahr 2026 unklar ist, können wir die Rückabwicklung mit dem gestellten Antrag nicht bearbeiten. Der Korrektheit halber ziehen wir den Antrag zurück. Die Thematik ist damit nicht abgeschlossen. Mit der Motion GR Nr. 2025/433 fordern wir die Beendigung der Zusammenarbeit mit US-Anbietern für Datenspeicherung und -verarbeitung. Wir fordern SRZ und andere Dienstabteilungen auf, nicht in die Auslagerung in Microsoftdienste zu investieren, weil diese höchstwahrscheinlich bald rückgängig gemacht werden muss.

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5502/2025): Wir wären der Argumentation von Michael Schmid (AL) gefolgt. Wir sehen es ähnlich, nicht mit den gleichen Beispielen, aber es ist tatsächlich ein Problem. Wir haben eine Datenschutzbeauftragte in der Stadt. Sensitive Daten müssen unbedingt in der Schweiz gelagert werden. Aus dem Grund haben wir das Postulat eingereicht. Ich glaube, die Grünen werden noch einen Textänderungsantrag stellen, in dem explizit verlangt wird, dass nicht nur Betreiber, sondern auch beauftragte Dienstleister mitgemeint sind. Ich kann bereits ankünden, dass wir diese Textänderung annehmen. Wir sind der Meinung: Wehret den Anfängen. Schaut, dass die Daten in der Schweiz gelagert werden, dass wir nicht von aussen erpresst und unsere Daten zweckentfremdet werden können. Es handelt sich um sehr viele personenbezogene Daten. Bei Webseiten braucht es Datenschutzerklärungen. Ihr seht also, dass personenbezogene Daten heikel sind. Denkt an die Steuerdaten der Stadt, bei denen wir nicht wollen, dass sie ins Ausland geraten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat hat das Postulat so verstanden, dass es nicht spezifisch auf SRZ abzielt, sondern auf die gesamte IT der Stadt. Wenn die Begründung wie gerade mündlich abgegeben verschriftlicht gewesen wäre, hätten wir es entgegengenommen. Aber es steht «sämtliche Daten» und «künftig ausschliesslich». Es ist so absolut, dass es unrealistische Erwägungen schürt. Der Stadtrat arbeitet bereits in diese Richtung. Vor einem Jahr habe ich Organisation und Informatik (OIZ) den Auftrag erteilt, Schritt für Schritt zu prüfen, wie wir aus dieser Abhängigkeit finden und mehr Datensouveränität erreichen. Aber meine Damen und Herren: Zu glauben, dass SAP wegen uns in der Schweiz ein Rechenzentrum eröffnet, ist nicht realistisch. Ebenso wenig zu meinen, dass wir uns einfach von SAP lösen könnten. Bei gewissen Dienstleistungen haben wir wenige Alternativen und wir können froh sein, dass die EU, die Sie immer verteufeln, in Sachen Datenschutz teilweise ambitionierter unterwegs ist als die Schweiz. Es gibt aber gewisse Grenzen. Wir fokussieren unsere Tätigkeiten auf die Anbieter, die klar den problematischen US-Bestimmungen unterliegen. Im SAP-Bereich ist das Postulat nicht realistisch, ausser Sie wollen die Stadt Zürich lahmlegen. Dann bekommen Sie kein Budget mehr zugeschickt. Das ist nicht realistisch und das Postulat zu radikal formuliert.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Wir danken für den Hinweis STR Daniel Leupi und stellen einen Textänderungsantrag, um im eigenen Namen das zitierte «sämtliche» zu streichen.

Dr. Florian Blättler (SP): Der Vorstoss zeigt exemplarisch, dass grundsätzliche Probleme keine Frage der Fraktion sind, sondern des Interesses an der Stadt Zürich. Wir sind in einem rechtlichen System, in dem Staaten wie die USA oder andere totalitäre Systeme auf Daten Zugriff verlangen, egal wo sich diese befinden. Zwar bietet Microsoft gegen einen kleinen Aufpreis an, Daten auf europäischen Servern zu speichern, aber wie der französische Senat bestätigen kann, bedeutet das nicht, dass diese Daten vor amerikanischem Zugriff sicher wären. Am Ende geht es um die Sicherheit der Daten der Bewohner*innen dieser Stadt. Dafür müssen wir kämpfen und das Postulat überweisen.

Yves Henz (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat: Es kommt selten vor, dass ich mit allen Vorredner*innen einig bin. Damit die Datensouveränität Realität wird, sollten nicht nur Betreiber, sondern auch Dienstleister unserer Rechtsordnung unterstehen. Darum haben wir folgende Textänderung beantragt: «Die Betreiber sowie sämtliche beauftragten Dienstleister dürfen keiner ausländischen Rechtsordnung unterliegen, die zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung führen kann.» Es geht in unserer Textänderung um Souveränität, Datenschutz, Antifaschismus und lokale Wertschöpfung. Souveränität ist zentral für Daten. Die Verwaltung würde ohne diese Systeme nicht funktionieren. Wir kennen die Geschichte von US-Interventionen in verschiedenen Ländern und wissen alle, was für ein faschistischer Clown aktuell im Weissen Haus sitzt. Deswegen ist es klar, dass wir handeln und jetzt die Daten der Einwohner*innen, die eine kritische Infrastruktur sind, sichern müssen. Als netten Nebeneffekt können wir damit in Richtung Open source, lokale Wertschöpfung und Datenschutz gehen.

Patrick Stählin (GLP): Es freut mich ausserordentlich, dass die SVP den Datenschutz entdeckt hat. Auf nationaler Ebene sind wir noch nicht so weit. Ich lese aus dem Postulat aber eher Nationalismus als wirklichen Datenschutz heraus. Daten, die in der Schweiz liegen und verarbeitet werden, gelangen unter Umständen ins Ausland. Das Internet kennt keine Landesgrenzen. Ich finde, wir sollten uns lieber den höheren Datenschutzstandards der EU unterstellen bzw. diese anstelle des zahnlosen Schweizer Datenschutzgesetzes geniessen. Das Datenreduit Schweiz ist ein Mythos, den unsere Firmen gerne bedienen – Datenschutz «sells» –, aber es existiert leider nicht. Das Problem mit dem US CLOUD Act werden wir mit der Motion GR Nr. 2025/433 sicher noch detaillierter und seriöser besprechen. Dieses Postulat in der Budgetdebatte zu Schutz & Rettung wird dem Problem nicht gerecht und wir lehnen es deswegen ab.

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Die Mitte/EVP-Fraktion lehnt das Postulat mit oder ohne Textänderung ab. Die Textänderung verschlimmert die Sache allerdings deutlich. «Sämtliche Daten» ist unrealistisch. Wir leben in einer globalisierten Welt, in der Europa den Technologiezug verpasst hat. Ich wünschte auch, dass wir alles in der Schweiz zur Verfügung hätten und daran arbeiten wir. Aber im Moment sind wir auf ausländische Anbieter angewiesen. Den US CLOUD Act gab es schon vor dem Clown im Weissen Haus.

Flurin Capaul (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat: Wir haben eine Motion eingereicht, die das Thema digitale Souveränität gesamtheitlich betrachtet und die erwähnten Punkte aufgreift. Wir haben auch eine Textänderung, indem wir das Wort «sämtliche» durch «schützenswerte» ersetzen und «ausschliesslich» streichen: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie schützenswerte Daten der Stadt Zürich (...) künftig auf Rechenzentren und Servern gespeichert und verarbeitet werden, die physisch auf dem Territorium der Schweiz stehen und deren Betreiber nicht ausländischen Gesetzen zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung unterliegen.»

Michael Schmid (AL): Das Postulat im Original wäre wirkungslos. Auch nach den Textänderungen geht es nur um Datenschutz und nicht um Datenverfügbarkeit. Für letzteres müssten wir ergänzen, dass auch die Zugangssperrung nicht möglich sein soll. Es macht keinen grossen Unterschied, ob wir das Postulat überweisen oder wie fest der Stadtrat es prüft. Die umfassende Motion GR Nr. 2025/433 fordert den Stadtrat auf, einen konkreten Plan innert zwei Jahren vorzulegen, wie die Problematik angegangen werden soll. Er darf einen Umsetzungshorizont vorsehen, aber klar ist, dass Firmen wie Microsoft oder SAP mit dem Geschäftsmodell in Zürich keine Zukunft haben.

S. 239	25 2550 3133 00 000	SICHERHEITSDÉPARTEMENT Schutz & Rettung Informatik-Nutzungsaufwand	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
050.	Antrag Stadtrat				435 500	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne)
			333 500		102 000	Minderheit
						Tanja Maag (AL) Referat, Johann Widmer (SVP)
						Enthaltung
						Präsidium Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Die Mittel, die im Budget 2026 im Zusammenhang mit der Einführung oder dem Betrieb Cloud-basierter Lösungen eingestellt sind, sind zurückzustellen (EBAK: Fr. 115 000.–, First Responder App: Fr. 70 000.–, DiEL: Fr. 140 000.–, Planiklösung ELS [Dienstplanung]: Fr. 8 500.–). Grund ist das scheinbar mangelnde Bewusstsein für die Verfügbarkeitsproblematiken der Cloud von US-Anbietenden, besonders bei sicherheitsrelevanten Notfalldiensten (siehe zum Beispiel Recherche von Adrienne Fichter auf dnip, «Microsoft-Report Teil III», 21. Mai 2025).			

Michael Schmid (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Antrag 051.

Wortmeldungen siehe Antrag 050.

S. 242	25 2550 520000 5200 00 000	SICHERHEITSDÉPARTEMENT Schutz & Rettung Anschaffung Software Software	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
051.	Antrag Stadtrat				4 565 000 -245 000 N	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne)
			100 000		4 220 000	Minderheit
						Tanja Maag (AL) Referat, Johann Widmer (SVP)
						Enthaltung
						Präsidium Sven Sobernheim (GLP)

Begründung: Sistierung des laufenden Projekts (Wechsel in Cloud-Lösung) auf dem Serviceportal von Schutz & Rettung (SRZ). Die Auslagerung der digitalen Einsatzunterstützung ist zu stoppen, aus demselben Grund wie beim vorherigen Antrag.

Michael Schmid (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

5562. 2025/572

Postulat der SVP-Fraktion vom 03.12.2025:

Speicherung und Verarbeitung sämtlicher Daten der Stadt auf Rechenzentren, die auf Schweizer Territorium stehen und dem schweizerischen Recht unterliegen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe Nr. 2025/391, Beschluss-Nr. 5539/2025, Antrag Nr. 050.

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5502/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Yves Henz (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sämtliche Daten der Stadt Zürich (insbesondere personenbezogene Daten, Verwaltungsdaten, Gesundheitsdaten, Sozialhilfedaten, Steuerdaten, Bildungsdaten sowie sonstige sensible oder vertrauliche Daten) künftig ausschliesslich auf Rechenzentren und Servern gespeichert und verarbeitet werden, die physisch auf dem Territorium der Schweiz stehen und deren Betreiber nicht ausländischen Gesetzen zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung unterliegen. Die Betreiber sowie sämtliche beauftragten Dienstleister dürfen keiner ausländischen Rechtsordnung unterliegen, die zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung führen kann.

Flurin Capaul (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ~~sämtliche~~ Daten der Stadt Zürich (insbesondere personenbezogene Daten, Verwaltungsdaten, Gesundheitsdaten, Sozialhilfedaten, Steuerdaten, Bildungsdaten sowie sonstige sensible oder vertrauliche Daten) künftig ~~ausschliesslich~~ auf Rechenzentren und Servern gespeichert und verarbeitet werden, die physisch auf dem Territorium der Schweiz stehen und deren Betreiber nicht ausländischen Gesetzen zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung unterliegen.

Johann Widmer (SVP) ist mit beiden Textänderungen einverstanden.

Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ~~sämtliche~~ Daten der Stadt Zürich (insbesondere personenbezogene Daten, Verwaltungsdaten, Gesundheitsdaten, Sozialhilfedaten, Steuerdaten, Bildungsdaten sowie sonstige sensible oder vertrauliche Daten) künftig ~~ausschliesslich~~ auf Rechenzentren und Servern gespeichert und verarbeitet werden, die physisch auf dem Territorium der Schweiz stehen und deren Betreiber nicht ausländischen Gesetzen zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung unterliegen. Die Betreiber sowie sämtliche beauftragten Dienstleister dürfen keiner ausländischen Rechtsordnung unterliegen, die zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung führen kann.

Das geänderte Postulat wird mit 98 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Persönliche Erklärung:

Lara Can (SP) hält eine persönliche Erklärung zu einem Sticker mit der «Gadsden Flag» auf dem Laptop von Derek Richter (SVP).

Antrag 053.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Anna Graff (SP): Die Mehrheit beantragt eine Stelle in der Dienstabteilung Verkehr (DAV), um die Verbesserung der Verkehrssicherheit an Knoten zu beschleunigen. Der Grund für diesen und den Antrag 060. ist, dass Knoten zu den Velounfallschwerpunkten gehören. Sie sind einer der grössten Hinderungsgründe für unsichere Velofahrende, weil sie das schwächste Glied auf einer Route darstellen. Gleichzeitig sind sie schwierig zu lösen und werden in der Praxis von Strassenbauprojekten ausgeschlossen. Mit einer zusätzlichen Stelle kann das Veloexpressteam gestärkt werden, das aus Kapazitätsgründen Verbesserungen an Strecken über jene an Knoten stellen muss. Es könnten bspw. mehr separate Lichtsignalanlagen für Velos – auch aus Sicherheitsgründen – und Forderungen aus den Postulaten GR Nrn. 2025/52 und 2025/53 umgesetzt werden.

Johann Widmer (SVP): Die Minderheit findet, dass die DAV keine neue Stelle für die sogenannte Verkehrssicherheit braucht. Dies führt unter Umständen zu nichts oder im Gegenteil dazu, dass bei mehr Leuten die Kompetenzen unklar werden und das Chaos vergrössert wird. Es ist besser, eine Dienstabteilung in die Verantwortung zu nehmen und diese die Knotenpunkte koordinieren zu lassen. Der Stadtrat hat korrekt budgetiert.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Wir wechseln von der Enthaltung zum Stadtrat. Die Stimmbewölkerung hat sich ein Velonetz gewünscht und das muss auch geplant werden. Die Knoten sind dabei der schwierigste Punkt, allerdings haben wir im letzten Budget bereits Spezialist*innen in diesem Bereich geschaffen. Es ist unklar, was eine weitere Spezialisierung bringen soll. Der Bucheggplatz wird beim aktuellen Umbau deutlich verbessert, es scheitert also nicht am Wissen der DAV. Laut STR Simone Brander blockieren Rechtsmittel die Velovorzugsrouten, nicht mangelnde Fähigkeiten der Verwaltung.

Stephan Iten (SVP): Ihr habt damals für das Veloexpressteam Stellen gefordert, um Dave Turner zu beschäftigen. Ich bin gespannt, für welchen Kollegen diese Stelle ist.

S. 247	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT			
	2555	Dienstabteilung Verkehr			
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
053.	Antrag Stadtrat			14 629 200 Minderheit 112 600 N	Johann Widmer (SVP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP)
			130 000	14 871 800 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)

Enthaltung Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Markus Haselbach (Die Mitte)

Begründung: Eine zusätzliche Stelle, um die Umsetzung von Verbesserungen der Verkehrssicherheit an Knoten zu beschleunigen, da Kreuzungen oft vom Projektierungsperimeter wichtiger Verkehrsprojekte ausgenommen sind

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Antrag 054.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Susan Wiget (AL): *Wir sind für bessere Löhne im Gesundheitswesen und faire Verdankungen für Freiwillige. Wir möchten den Betrag von 25 auf 100 Franken erhöhen. Aus unserer Sicht ist der Betrag von 25 Franken aus einer anderen Zeit. Freiwillige sind eine wichtige Stütze im Gesundheitswesen, sie sollten nicht antiquiert behandelt werden.*

Sven Sobernheim (GLP): *Das Geschenk des Departementssekretariats des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD) an die Freiwilligen ist eine Ergänzung zur Einladung an Anlässe und zu kleinen Geschenken aus den Dienstabteilungen. Es wird sporadisch verteilt. Aktuell ist ein Kinogutschein im Wert von 20 Franken sowie eine Karte mit Versand im Wert von 5 Franken geplant. Ich nehme an, die Antragsstellenden wollen mehr Gutscheinwert. Man fragt sich, sollen die Freiwilligen nun vier Gutscheine erhalten – der Betrag von 100 Franken ist genau so willkürlich wie der von 25 Franken. Es ist keine Frage der Wertschätzung, ob Freiwillige 25 oder 100 Franken erhalten, sondern dass sie überhaupt etwas erhalten. Es handelt sich nicht um eine Entschädigung – der Betrag ist in beiden Fällen lächerlich. Es geht darum, denen Wertschätzung entgegenzubringen, die sich engagieren. Es geht um die Symbolik, die Karte, das Handgeschriebene, die unerwartete Geste – die mit dem Antrag neu mit Erwartungen verbunden wäre. Trauen Sie dem Stadtrat, dass er das Freiwilligenmanagement im Griff hat.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Es ist unbestritten, dass Freiwillige einen wahnsinnig hilfreichen Einsatz leisten. Im Gesundheits- und Umweltdepartement sind über 700 Freiwillige in der Betreuung, Tagesunterstützung und weiteren Bereichen im Einsatz. Ebenso unbestritten ist, dass sie Dank und Anerkennung verdienen. Die unterschiedlichen Dienstabteilungen verdanken ihre Freiwilligen bereits mit Geschenken, die von Weiterbildungsunterstützung bis zu gratis Kaffee reichen. Zusätzlich dazu haben wir den Kinogutschein eingeführt – eine schöne Überraschung für die Freiwilligen. Der Wert der Geschenke für Freiwillige liegt bei ungefähr 100 Franken, aber wie Sven Sobernheim (GLP) gesagt hat,*

geht es nicht um den Betrag, sondern die verdankende Geste, die die Freiwilligen sehr schätzen. Es funktioniert gut und wir möchten es weiterhin so handhaben.

S. 255	30 3000 3199 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat Übriger Betriebsaufwand				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
054.	Antrag Stadtrat			41 500	Minderheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			67 500	109 000	Mehrheit	Tanja Maag (AL) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		Begründung: Geschenkbetrag für Freiwillige von Fr. 25 auf Fr. 100 pro Person erhöhen				

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 055. und 056. (Postulat GR Nr. 2025/579)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet den Antrag der Minderheit, stellt diesen neu auf Konto Nr. 3132 00 000 und begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5509/2025): Bei diesem Antrag geht es um das «Hotel Suff», das im April zehn Jahre alt wurde. Warum ist es entstanden? Wir haben in der Medizin ein Grundproblem mit Personen, die unter Polyintoxikation leiden und in den Notfall kommen. Das sind Menschen, die Drogen genommen haben und oft nicht wissen, wie viel. Sie benötigen medizinische Behandlung, sind jedoch aggressiv, weil sie berauscht sind. Mit Deeskalationsmassnahmen kann das Personal meist gut mit ihnen umgehen. Manchmal funktioniert das aber leider nicht und Polizisten müssen zur Unterstützung auf den Notfall kommen. Das ist für alle sehr traumatisierend; in erster Linie für die Patienten und Patientinnen, die mit zwei Staatsgewalten konfrontiert werden, aber auch für das Personal und die Polizei. Daher ist es wichtig, dass wir an Alternativen arbeiten. Im Jahr 2010 kamen SP-Stadträt*innen auf die gloriose Idee, die Zentrale Ausnüchterungs- und Beratungsstelle (ZAB) zu schaffen, die von Anfang an mit vielen Problemen insbesondere rechtlicher Art konfrontiert war. Es wurde argumentiert, wir bräuchten die Institution wegen jugendlicher Komasäufer. Im Jahr 2015 wurde die ZAB per Volksabstimmung verstetigt. Wir haben diese populistische Massnahme des damaligen Stadtrats immer kritisiert. Es ist nicht sinnvoll, eine Kontrollinstitution zu schaffen, die alle in der Stadt als unpassend empfundenen und Betrunknen wegräumt. Im «Hotel Suff» entstanden immer wieder medizinische Probleme, insbesondere weil der Stadtrat im Zug der Spitalauslagerung den Betrieb an die Oseara AG ausgelagert hat, die ihn nie kostendeckend führen konnte. Wir haben im Rat mehrmals diskutiert, wie die Kosten heruntergefahren werden könnten. Oseara hat den Betrieb Schritt für Schritt reduziert, weil sie zum Teil nur eine Person am

Tag betreute. Im Jahr 2020 ereignete sich eine Tragödie, als eine Person im «Hotel Suff» unter unserer Aufsicht verstarb. Daraufhin haben die Grünen und AL im Jahr 2022 verlangt, dass es in die Nähe eines Spitals verlegt wird. Weil die Oseara nicht fähig war, den Betrieb finanziell auf einen grünen Ast zu bringen, muss er neu ausgeschrieben werden. Jetzt ist der Moment gekommen, eine externe Evaluation durchzuführen und mögliche Verbesserungen zu eruieren sowie ob wir den Betrieb ins Spital integrieren könnten. Die Polizistinnen, Polizisten und Menschen der Ambulanz wissen nach wie vor nicht, wie sie entscheiden sollen: ob eine Person ins Spital oder ins «Hotel Suff» gebracht werden soll. Wir haben dies in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) versucht in Erfahrung zu bringen und kamen zu keinem Schluss. So entstehen für Betroffene, Polizist*innen und die Ambulanz sehr schwierige Situationen. Der Antrag dient dazu, mit mehr Fakten mit diesem Prozess weiterverfahren zu können und den Stadtrat nicht im Blindflug etwas ausschreiben zu lassen, wofür sich kein Unternehmen bewerben wird.

Sven Sobernheim (GLP): Der Betrieb der ZAB setzt einen enorm grossen Personalpool mit starker Spezialisierung voraus. Genügend Fachkräfte zu rekrutieren ist nicht ohne. Es ist heute schon klar, dass die Städtischen Gesundheitsdienste (SGD) weder die personellen noch anderen Ressourcen haben, um das ZAB besser oder günstiger als ein externer Dienstleister zu betreiben. Daher ist der Zweck der externen Evaluation völlig unklar. Auch die Kritik an der Oseara AG muss relativiert werden. Sie hat die damalige Ausschreibung mit 472 Punkten gegenüber den 302 Punkten der zweitplatzierten Institution gewonnen. Sie hat diese nicht nur aus finanziellen Gründen gewonnen, sondern auch, weil sie fachlich am besten qualifiziert war. Die ZAB ist eine extrem herausfordernde Institution – wenn es einfach zu handhaben wäre, bräuchte es sie nicht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Die ZAB ist tatsächlich eine Herausforderung. Die Rechtsformänderung des Stadtspitals hatte nichts mit der Ausgliederung des Betriebs zu tun. Dies geschah, weil der Betrieb Spezialisten benötigte und der Notfall des Stadtspitals entlastet werden sollte. Es ist schade, dass die Oseara AG gekündigt hat, aber es ist ihr Recht. Wir verfolgen die Ausschreibung sehr eng und prüfen die Möglichkeiten mit dem Stadtspital, den SGD, Schutz & Rettung sowie der Polizei. Wir evaluieren laufend eine Internalisierung und kommen immer wieder zum Schluss, dass es nicht der richtige Weg wäre. Es ist wichtig, dass sich die Dienstabteilungen, die eng an der Sache sind, regelmässig austauschen – und das tun sie. Wir brauchen diese externe Evaluation nicht.

Weitere Wortmeldungen:

Leah Heuri (SP): Wir wechseln in die Zustimmung für den Antrag und das Postulat. Wir finden es wichtig, nach 10 Jahren eine Evaluation zu machen. Die betroffenen Personen sind sehr vulnerabel und da wollen wir uns keine unklaren Prozesse oder Fehler leisten.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Es braucht in der Tat sehr viel Wissen für die Betreuung der betroffenen Menschen. Gerade das berücksichtigte die Oseara nicht. Sie hatte am Anfang Studenten angestellt, keine Spezialisten, die sich um Menschen mit Multiintoxikation gekümmert haben. Selbstverständlich kostet das eine Stange Geld, aber obwohl die Oseara uns Beiträge gezahlt hat, hat uns das ZAB jedes Jahr Hunderttausende an Franken gekostet. Wenn wir dieses Geld ins Spital oder in die Schaffung von Räumlichkeiten investierten – im Triemlispital gab es damals und gibt es zukünftig genug Platz – könnten wir die ZAB in einem spezialisierten Betrieb internalisieren. Bei der damaligen

Submission machte die Kompetenz 30 Prozent der Bewertung aus; über 50 Prozent waren betriebswirtschaftliche Konzepte, die nicht funktioniert haben. Ich bin froh, dass die SP sich besinnt und mit uns stimmt, um das Ganze zu evaluieren. Ich erinnere daran, dass im Jahr 2015 alle Fraktionen ausser SP und GLP gegen das «Hotel Suff» waren.

S. 258	30 3010 3132 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
055.	Antrag Stadtrat			810 000 Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			50 000	860 000 Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
				Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung: Der Betrieb der Zürcher Ausnüchterungs- und Beratungsstelle (ZAB) soll nach dem kürzlich erfolgten Wechsel der externen Leistungserbringenden evaluiert werden.			

Dr. David Garcia Nuñez (AL) stellt den Antrag der Minderheit neu auf Konto Nr. 3132 00 000, Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

5563. 2025/579

Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Moritz Bögli (AL) vom 03.12.2025: Zentrale Ausnüchterungszelle (ZAB), Bericht über die Evaluation betreffend Zuweisungspraxis, Standort und Betrieb aus wirtschaftlicher und medizinischer Sicht

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/391, Beschluss-Nr. 5539/2025, Antrag Nr. 055.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5509/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 62 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Gemeinsame Behandlung der Anträge 057. und 057a.

Tanja Maag (AL) zieht den Antrag 057. zurück und begründet den Antrag Nr. 057a.: Eine Wartezeit von acht bis zehn Monaten für eine Long-Covid-Sprechstunde ist unhaltbar. Einerseits kommen ständig neue Erkrankte hinzu. Es ist wissenschaftlich belegt, dass mehrfache Covid-Erkrankungen die Gefahr an Long COVID zu erkranken, erhöhen. Andererseits sind Hausärzte mit Long COVID in der Diagnostik wie auch in der weiteren Behandlung überfordert. Darum ist es wichtig, dass Erkrankte rasch Gewissheit erhalten. Zu grosse körperliche Anstrengungen und eine erneute Infektion können den Zustand dramatisch verschlimmern sowie arbeitsunfähig machen. Das kostet unsere Gesellschaft viel Geld. Deswegen ist es wichtig, dass wir spezialisierte Sprechstunden und Rehabilitationsangebote zur vertieften Abklärung und Behandlung einer Post-Covid-Erkrankung anbieten können. Dies ermöglicht den Betroffenen einen besseren Umgang mit den Langzeitfolgen der Infektion. Wir reden nicht von Müdigkeit, sondern von Erschöpfung, die Monate anhält, Gedächtnisstörungen und Atemnot – im medizinischen Fachjargon wird dies als «Fatigue» bezeichnet. Es sind Symptome, die auch nach anderen Virusinfektionen auftreten können und sie haben einen starken Einfluss auf den Alltag. Das aktuelle Angebot am Waidspital wird sehr geschätzt und die Betreuung hat sich als effizient erwiesen. Pro Woche finden vier bis fünf Erstkonsultationen statt sowie sechs bis zehn Verlaufskontrollen. Bis anhin wurde der Betrieb mit Drittmitteln respektive bestehenden Ressourcen aufrechterhalten. In Anbetracht des weiterhin grossen Bedarfs ist es ein Tropfen auf dem heissen Stein. Das Beratungsangebot im Kinderspital wurde eingestellt. Gemäss Webseite des Stadtsitals ist ihre Sprechstunde sehr stark beansprucht. Die Frequenz zu erhöhen, war der Anlass des Antrags. In der Bearbeitung der Antworten hat sich herausgestellt, dass ein Stellenaufbau benötigt wird. Es ist noch unklar, wo der am besten angesiedelt wäre. Es konnte herausgelesen werden, dass das Stadtsital von der Idee nicht begeistert war, da das Angebot nicht kostendeckend ist. Das ist klar, aber nicht das Thema. Wenn wir den Betrag ins Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD) verschieben, können sie entscheiden, ob die ärztlichen Ressourcen dem Spital gesprochen und die therapeutischen Angebote bei den Städtischen Gesundheitsdiensten (SGD) aufgebaut werden. Daher ziehe ich den Antrag 57 zurück und lasse die Tischaufgabe Antrag 57a stehen. Das GUD kann den Betrag später mit einer Kreditübertragung an den richtigen Ort transferieren. Die Sprechstunde vom unplanbaren Spitalbetrieb zu lösen, ist gut. Die Sprechstunde aufrechtzuerhalten und zu intensivieren, hat höchste Priorität. Wir erwarten weiterhin fachliche Expertise durch Kaderärzte. Erfahrung und Wissen sind für ein positives Therapieergebnis essenziell.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürki (FDP): Es gibt Handlungsbedarf, aber die Leistung wird finanziell nicht abgedeckt. Es ist eine finanzielle Sonderleistung, die die Stadt übernehmen müsste. Warum muss die Stadt vorpreschen und die Kosten übernehmen? Stimmt mit dem Stadtrat.

Sven Sobernheim (GLP): Die GLP konnte sich nicht vorstellen, dass das Angebot beim Spital funktionieren würde. Wegen der offenen Budgetierung im Antrag 57a wechseln wir aber zu den Antragsstellenden.

Tanja Maag (AL): Es ist kein Angebot, das die Stadt allein stemmen muss. Das Universitätsspital Zürich bietet eine solche Stelle an, das Kinderspital hatte eine. Es ist ein Angebot, das viel nützt und schlussendlich Kosten spart. Auch wenn es nicht kostendeckend ist, ist es sinnvoll und wir müssen es uns leisten.

Leah Heuri (SP): Bis jetzt wurden die Long-Covid-Sprechstunden durch Drittmittel finanziert. Nächstes Jahr werden keine mehr zur Verfügung stehen. Wenn jemand Long

COVID hat, verschwindet das nicht einfach, auch wenn es im Volksmund nicht mehr brisant ist. Es ist wichtig, dass es Angebote für Patient*innen gibt, die länger als nur die letzten paar Jahre damit zu tun hatten. Deswegen sind wir für den Antrag.

Samuel Balsiger (SVP): Unter Long COVID wird Typisches in der modernen Gesellschaft subsumiert, bspw. Überschöpfung, Burn-outs usw. Es wurde ein neuer Begriff gefunden, um eine neue Beratungsstelle zu kreieren. Die ganze Covid-Geschichte muss sowieso aufgearbeitet werden, da viel gelogen wurde.

Tanja Maag (AL): Es geht nicht nur um Long COVID und es geht nicht um eine Grundsatzfrage zur Corona-Pandemie. Es sind Symptome, die nach verschiedenen Viruskrankheiten auftreten können. Das Angebot ist per se wichtig. Die Erschöpfung kann zu Arbeitslosigkeit führen. Die Personen sind teilweise nicht mehr fähig, erwerbstätig zu sein. Es ist ein Angebot, das mit wenigen Mitteln sehr viel bewirken kann.

Yves Henz (Grüne): Es ist von grösster Wichtigkeit, dass wir endlich Schritte einleiten, um Betroffene besser zu unterstützen. Ich weiss nicht, ob Sie eine Person kennen, die unter Long COVID leidet. Es ist kein einfaches Leben. Ich bitte Sie inständig, auf diese Herausforderungen zu reagieren, damit wir alle so unterstützen können, wie sie es verdient haben. Der Menschenwürde und vielleicht Ihrem zukünftigen Selbst zuliebe.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Als einziger verbleibender Arzt im Rat verbitte ich mir die Aussagen der SVP, dass Menschen mit Long COVID Simulanten seien – von Samuel Balsigers (SVP) paranoiden Fantasien ganz zu schweigen. Long COVID als Störungsbild hat viele Leben zerstört, darunter auch das von Menschen in unserer Partei, die sich komplett aus dem öffentlichen Leben zurückziehen mussten. Es ist traurig, dass die grösste Partei im Land sich so ignorant zeigt. In den Worten von Andreas Kirstein: Das Demonstrieren Ihrer Ignoranz ist das Schlimmste, das dieser Stadt jemals passiert ist.

S. 73	30 3035 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Zürich Medizinische Dienstleistungen Standort Waid				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
057.	Antrag Stadtrat			17 810 400	Minderheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
			484 000	18 294 400	Mehrheit	Tanja Maag (AL) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Ausbau der Long-Covid-Sprechstunde: Verdoppelung der bisherigen Anzahl Sprechstunden pro Woche wegen hoher Nachfrage			

Tanja Maag (AL) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Antrag 057a.

Wortmeldungen siehe Antrag 057.

Tanja Maag (AL) stellt namens der AL-Fraktion folgenden Antrag zum Budget:

S. 255	30 3000 3130 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat Dienstleistungen Dritter		
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
				Antrag von
057a.	Antrag Stadtrat			600 000
			400 000	1 000 000
		Begründung:	Der Betrag ermöglicht eine flexible Planung eines allfälligen Ausbaus der Long-Covid-Sprechstunde inkl. geeigneter Ansiedlung innerhalb des Gesundheits- und Umweltdepartements.	
				Tanja Maag (AL)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag von Tanja Maag (AL):

Der Rat stimmt dem Antrag von Tanja Maag (AL) mit 78 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Persönliche Erklärung:

Sophie Blaser (AL) hält eine Persönliche Erklärung zur generellen Debattenführung und der Bemerkung des Ratspräsidenten, dass die Ratsdebatte kein Kindergarten sei.

Antrag 058.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Deborah Wettstein (FDP): Den Willen zur Nachhaltigkeit stellt niemand infrage. Genau so klar ist, dass staatliches Handeln wirksam, effizient und sauber abgegrenzt sein muss. Die Verwaltung kann weder erläutern, wie der Betrag zu messbaren Fortschritten führt, noch wie die Wirkung verlässlich überprüft wird. Statt auf Evidenz stützen wir uns auf Reichweite, Besucherzahlen oder interne Bewertungen. Das sind Grössen, die keinen klaren Beitrag zu den städtischen Nachhaltigkeitszielen liefern. Gleichzeitig sind zentrale Kampagnen zum Teil nicht richtig geplant. Wir geben Geld aus, ohne zu wissen, was wir dafür erhalten. Trotz Kooperation sind die Zuständigkeiten zwischen dem Umwelt- und Gesundheitsschutz nicht eindeutig. Genau da entsteht Doppelspurigkeit und damit Ineffizienz. Diese können wir uns in einer verantwortungsvollen Finanzpolitik nicht leisten. Der ganze Betrag geht an externe Anbieter ohne internen Leistungshalt oder eine Kosten- und Nutzenanalyse. Das mündet in einem Subventionsprogramm ohne belegten Mehrwert. Es geht um die Verhältnismässigkeit der Mittel. Der Budgetbetrag erfüllt die Anforderungen an Wirkung, Planungssicherheit oder Effizienz nicht.

Tanja Maag (AL): Der Antrag will die städtischen Nachhaltigkeitsziele und -massnahmen torpedieren. Anstelle dieses undifferenzierten Antrags seid ihr dazu eingeladen, überprüfbare Erfolgsfaktoren auszuarbeiten. Ich gebe euch Recht, dass der Kooperationswall zwischen einzelnen Dienstabteilungen, Departementen und externen Dienstleis-

tern teilweise sehr dicht ist. Im Fall der nachhaltigen Ernährungsstrategie sind die Verantwortlichkeiten und Kriterien aber klar. Der Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) trägt die Verantwortung für die Entwicklung der Ernährungsstrategie sowie das Monitoring und die Berichterstattung zu den quantitativen Zielen. Die Ausgewogenheit und Umweltbelastung des Angebots der städtischen Verpflegungsbetriebe werden einmal jährlich erhoben und im Hinblick auf Umwelt- und Gesundheitsaspekte bewertet. Die Betriebe sind verpflichtet, festgelegte Ziele zu erreichen. Veranstaltungen werden anhand von Interaktionen und Teilnahmen bewertet. Das ist bei Bildungsmassnahmen üblich. Ihr tragt mit dem Antrag nicht zur Problemlösung bei. Bekämpft während des Jahres euren Anti-Klimawandel-Wahn und erbringt einen Beitrag zur nachhaltigen Lebensweise.

S. 268 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
 3045 **Umwelt- und Gesundheitsschutz**
 3635 00 000 **Beiträge an private Unternehmen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
058.	Antrag Stadtrat			2 600 000 Mehrheit	Tanja Maag (AL) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		700 000		1 900 000 Minderheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pérparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
	Begründung:	Angesichts fehlender belastbarer Wirknachweise und Erfolgsindikatoren, die über blosser Reichweiten- oder Teilnahmezahlen hinausgehen, lässt sich kein klarer Beitrag der Massnahmen zu den städtischen Nachhaltigkeitszielen erkennen. Zudem bleiben Zuständigkeiten zwischen Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) und den Dienstabteilungen trotz dargestellter Kooperationen unklar, was den effizienten Einsatz der vollständig an externe Anbietende fliessenden Fr. 700 000 nicht sicherstellt.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 168, Beschluss-Nr. 5539/2025)

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5564. 2025/604

Parlamentarische Initiative der GLP-, SP-, Grüne-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion vom 10.12.2025:

Umsetzung der Stellvertretungsregelung im Gemeinderat, Änderung der Gemeindeordnung

Von der GLP-, SP-, Grüne-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion ist am 10. Dezember 2025 folgende Parlamentarische Initiative eingereicht worden:

Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 13. Juni 2021 wird wie folgt ergänzt:

Vor "II. Organisation" im 4. Teil: Der Gemeinderat

Vertretung als Gemeinderatsmitglied	Art. 41a ¹ Ein Gemeinderatsmitglied kann sich bei Verhinderung infolge Mutterschaft, Krankheit oder Unfall während drei bis zwölf Monaten durch eine Ersatzperson seiner Liste vertreten lassen. ² Eine Vertretung der Vertretung ist ausgeschlossen. ³ Die Bestimmung der Vertretung erfolgt sinngemäss nach den Grundsätzen über das Nachrücken gemäss § 108 Abs. 1 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003.	a. Grundsatz
	Art. 41b ¹ Das Verfahren erfolgt sinngemäss nach den Grundsätzen über das Nachrücken gemäss § 108 Abs. 1 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 1. September 2003.	b. Verfahren
	Art. 41c ¹ Der Vertretung kommen dieselben Rechte und Pflichten wie dem vertretenen Gemeinderatsmitglied zu. ² Die Rechte und Pflichten des vertretenen Gemeinderatsmitglieds ruhen bis zum Wiedereintritt in den Rat.	c. Wirkung
	Art. 41d ¹ Der Wiedereintritt ist erst nach der bewilligten Vertretungsdauer möglich.	d. Wiedereintritt

Begründung:

Mit der Behördeninitiative vom 17. Juni 2020 (GR Nr. 2020/256) hat der Gemeinderat den Anstoss für eine kantonale Grundlage zur Stellvertretung in Gemeindeparlamenten gegeben. Der Kantonsrat hat daraufhin die Parlamentarische Initiative KR-Nr. 420/2020 überwiesen, welche Stellvertretungsregelungen für das Kantonsparlament vorsieht und Gemeinden die Möglichkeit eröffnet, diese einzuführen.

Die Realität zeigt: Mutterschaft, längere Krankheiten oder Unfälle können Ratsmitglieder zu einer befristeten Auszeit zwingen. Heute führt dies fast immer zu Rücktritten – mit erheblichen Wissensverlusten und einer Verfälschung des Wählerwillens. Gewählte Personen sollten ihr Mandat aber für eine ganze Legislaturperiode wahrnehmen können.

Eine Stellvertretungsregelung schafft hier Abhilfe. Sie ermöglicht, dass Ratsmitglieder für mindestens drei und höchstens zwölf Monate vertreten werden. Das Nachrücken erfolgt durch die erste nichtgewählte Person auf der Wahlliste der jeweiligen Partei – also durch eine demokratisch legitimierte Nachfolge. Die Stellvertretung umfasst alle Rechte und Pflichten eines Ratsmandats.

Wichtig ist: Zivil- und Militärdienst, Elternschaft sowie Ausbildungsgründe oder andere Gründe sind explizit nicht vorgesehen. Der Kantonsrat hat sich bewusst dagegen entschieden. Zulässig sind einzig Absenzen aufgrund von Mutterschaft, Krankheit oder Unfall. Es handelt sich um eine abschliessende Aufzählung, weshalb keine Erweiterung auf städtischer Ebene möglich ist.

Mit der Stellvertreterregelung können Rücktritte verhindert, das Parlament gestärkt und die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik verbessert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Parlamentarische Initiative wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

5565. 2025/605

Dringliche Schriftliche Anfrage von Murat Gediz (FDP), Samuel Balsiger (SVP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 31 Mitunterzeichnenden vom 10.12.2025: Umnutzung des ehemaligen Gesundheitszentrums für das Alter (GFA) Mittelleimbach, Kommunikation mit den Bewohnenden über einen möglichen Verbleib im Zentrum, Hintergründe zu den sogenannten freiwilligen Wegzügen, Umgang mit den Einwänden gegen den Auszug, Lehren für künftige Nutzungsänderungen und Prüfung weiterer Übergangslösungen und Optionen sowie Einschätzung zu den Belastungen und den Verlusten der sozialen Netzwerke

Von Murat Gediz (FDP), Samuel Balsiger (SVP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 31 Mitunterzeichnenden ist am 10. Dezember 2025 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Zusammenhang mit der Umnutzung des ehemaligen Gesundheitszentrum für das Alter GFA Mittelleimbach wurden durch den Stadtrat bisher Aussagen gemacht, wonach Bewohnerinnen und Bewohner das Gebäude «freiwillig» verlassen hätten bzw. natürliche Wechsel erfolgt seien.

Aus Rückmeldungen aus der Bevölkerung sowie aus dem erwähnten Medienbericht ergeben sich Hinweise, dass diese Darstellung nicht in allen Fällen der Realität entspricht. Insbesondere gibt es Aussagen, wonach einzelne ältere oder hochbetagte Bewohnerinnen und Bewohner unter erheblichem Druck standen oder den Eindruck hatten, dass ein Verbleib nicht möglich sei.

Mehrere Rückmeldungen aus der Bevölkerung weisen darauf hin, dass der Umzug für einzelne ältere Bewohnerinnen und Bewohner mit erheblichen Belastungen verbunden war. Es gibt Fälle, in denen Personen nach einem ersten Umzug ein weiteres Mal umziehen mussten.

Gerade für hochbetagte Menschen stellt ein erneuter Wohnortswechsel nicht nur eine organisatorische Herausforderung dar, sondern geht häufig mit dem Verlust sozialer Strukturen, vertrauter Abläufe und tragender Beziehungen einher sowohl zu anderen Bewohnerinnen und Bewohnern als auch zum langjährigen Pflege- und Betreuungspersonal. Soziale Bindungen haben nachweislich eine zentrale Bedeutung für Stabilität, Wohlbefinden und Orientierung im hohen Alter. Der Verlust solcher Beziehungsnetze wiegt deshalb schwer und verdient besondere Beachtung.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Bewohnerinnen und Bewohner lebten zum Zeitpunkt des Nutzungsentscheids noch im Gebäude und wie viele haben das Haus in welchem Zeitraum verlassen?
2. Kann der Stadtrat bestätigen, ob allen Bewohnerinnen und Bewohnern informiert wurde, dass ein Verbleib möglich sei und falls ja, in welcher Form dies kommuniziert wurde (mündlich, schriftlich, im Gespräch mit Angehörigen etc.)?
3. Liegt dem Stadtrat eine Dokumentation darüber vor, ob Bewohnerinnen oder Angehörige sich unter Druck gesetzt fühlten oder einen Verbleib gewünscht hätten? Wenn nein: warum nicht?
4. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass Aussagen wie „freiwilliger Wegzug“ nachweisbar sind und nicht auf Annahmen beruhen?
5. Gab es Fälle, in denen Bewohnerinnen oder Angehörige Einwände gegen den Auszug erhoben haben? Falls ja: wie wurde damit umgegangen?
6. Welche Lehren zieht der Stadtrat im Hinblick auf zukünftige Nutzungsänderungen von Liegenschaften, in denen vulnerable Personen leben?
7. Hat der Stadtrat im Rahmen der Planung geprüft, ob eine Sanierung oder Umnutzung des Gebäudes auch unter Weiterführung des bestehenden Wohnbetriebs insbesondere für die langjährigen und älteren Bewohnerinnen und Bewohner möglich gewesen wäre?
8. Falls nein: aus welchen Gründen wurde diese Option nicht berücksichtigt?
9. Warum wurden im Vorfeld der Umnutzung keine Übergangslösungen, Verbesserungen oder Instandhaltungsmassnahmen für die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner vorgenommen, obwohl die Liegenschaft als sanierungsbedürftig bezeichnet wurde?
10. Gab es interne Einschätzungen, Empfehlungen oder Berichte dazu und falls ja, weshalb wurden diese nicht umgesetzt?

11. War dem Stadtrat bewusst, dass durch die Umzüge bestehende soziale Netzwerke zwischen Bewohnerinnen, Angehörigen, Nachbarschaft und Betreuungspersonal aufgelöst werden und falls ja, welche Massnahmen wurden getroffen, um diesen Verlust abzufedern?
12. Wie beurteilt der Stadtrat aus fachlicher Sicht die Auswirkungen mehrfacher Umzüge auf hochbetagte Menschen, insbesondere im Hinblick auf soziale Bindungen, Orientierungssicherheit und psychische Belastung?

Mitteilung an den Stadtrat

5566. 2025/606

Schriftliche Anfrage von Serap Kahrman (GLP) und Xenia Voellmy (GLP) vom 10.12.2025:

Neuvergabe des Weihnachtsmarkts auf dem Sechseläutenplatz, Kriterien und Gewichtung im Vergabeverfahren, Zusammensetzung des Beratungsgremiums gemäss der Richtlinie zu den Weihnachtsmärkten, begründeter Antrag des Gremiums, Prüfung der Machbarkeit der technischen Installationen und der Finanzierung des eingereichten Konzepts sowie Veröffentlichung des Bewertungsberichts

Von Serap Kahrman (GLP) und Xenia Voellmy (GLP) ist am 10. Dezember 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Mit GR Nr. 2022/488 hat der Gemeinderat am 5. Oktober 2022 die Motion der GLP-Fraktion überwiesen, welche den Stadtrat verpflichtet, eine Verordnung über die Vergabe und Vermietung von städtischen Restaurationsbetrieben und Restaurationsflächen vorzulegen. Ziel dieser Verordnung ist es, den Bewerbungsprozess, die Kriterien der Vergabe, das Verfahren sowie die Vertragsdauer und -verlängerung transparent und einheitlich zu regeln, und zwar dienstabteilungsübergreifend. Zuletzt hat der Stadtrat erneut um eine Fristverlängerung ersucht.

Die Richtlinie «zu Weihnachtsmärkten auf dem Münsterhof und auf dem Sechseläutenplatz» regeln seit 2014 – mit Anpassungen bis 2023 – das Bewilligungsverfahren, die Zuständigkeiten sowie klare inhaltliche und gestalterische Qualitätskriterien des Weihnachtsmarktes auf dem Sechseläutenplatz.

Der aktuelle Entscheid des Stadtrats, den Weihnachtsmarkt auf dem Sechseläutenplatz ab 2026 einer neuen Betreiberin zu übertragen und damit das langjährige «Wienachtsdorf» zu beenden, hat zu zahlreichen öffentlichen Reaktionen, Medienberichten und einer Petition geführt. Kritisiert werden insbesondere mangelnde Transparenz der Vergabe, unklare Kriterien, unklare Bewertung der Angebote sowie fehlende Einbindung der bisherigen Betreiber:innen und der Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche konkreten Kriterien (inkl. Gewichtung) wurden im Vergabeverfahren für den Weihnachtsmarkt 2026 angewendet?
2. Welche Rolle spielten Erfahrungen, organisatorische Stabilität und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bewerbenden im Rahmen der Gesamtbewertung?
3. Wie setzt sich das Beratungsgremium gemäss Art. 3 der oben genannten Richtlinie zusammen?
4. Liegt ein schriftlicher, begründeter Antrag des Beratungsgremiums vor? Falls ja: Wird dieser öffentlich zugänglich gemacht, und falls nein: aus welchen Gründen?
5. Wurde die technische Machbarkeit der geplanten Gestaltungselemente, beispielsweise grösserer Installationen, vertieft geprüft?
6. Auf welche Weise wurde die gesicherte Finanzierung des eingereichten Konzepts nachgewiesen? Wurden externe Prüfungen oder Unterlagen zur wirtschaftlichen Stabilität der Bewerbenden beigezogen?
7. Wie möchte der Stadtrat dem bestehenden Interesse der Öffentlichkeit an einer transparenten Darstellung des Verfahrens begegnen? Beispielsweise durch Veröffentlichung des Bewertungsberichts oder transparente Darstellung der Entscheidkriterien?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisaufnahmen vor.

Nächste Sitzung: 11. Dezember 2025, 14.00 Uhr